

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit 10. Anzeiger Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark per Monat,
 eingetragene in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gemerkte Anzeigen Vereins-
 und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 7. März 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Der Zuckervertrag.

Am 5. März ist nunmehr in Brüssel die Zuckerkonvention unterzeichnet worden, nachdem die deutsche Regierung ihre Unterhändler angewiesen hatte, ihren verzögernden Widerspruch aufzugeben.

In der Zuckerkonvention ist der Versuch unternommen worden, das gemeingefährliche wahnsinnige Weltrüsten der Schutzzöllner auf einem Gebiete wenigstens zu einer Politik des Abstristens überzuführen. Es ist eine Art Friedenskonferenz gewesen. Die Hauptmächte suchten und fanden eine Verständigung, nachdem die Zollpolitik der Zuckerkartelle nicht nur die Konsumenten in schamlosester Weise ausgeplündert hatten — das hätte sich die Regierung noch gefallen lassen — sondern auch die Industrie selbst durch die Herbeiführung einer kolossalen Ueberproduktion schwer gefährdet hatte. Auch die Rücksicht auf die finanziellen Erträge für die Staatskassen mag entscheidend mitgewirkt haben.

Beteiligt an dem jetzigen Brüsseler Vertrage sind einerseits das Hauptverbrauchsland für Zucker: Großbritannien, andererseits die Zuckereportländer: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Belgien und die Niederlande. Ferner haben sich Italien, Spanien und Schweden, welche Zucker zwar produzieren, aber nicht ausführen, der Konvention mit gewissen Vorbehalten angeschlossen. Rußland ist ferngeblieben, es ist ihm aber — so führt eine offiziöse Darstellung der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus — wie auch den andern Ländern der nachträgliche Beitritt offen gehalten.

Die genannten Zucker-Exportländer verpflichten sich, alle direkten oder indirekten Prämien auf die Erzeugung oder die Ausfuhr von Zucker bedingungslos abzuschaffen. Es werden also auch in Frankreich, das im Laufe der Verhandlungen Anspruch auf Beibehaltung eines Teiles seiner indirekten Prämie erhoben hatte, die Prämien nunmehr vollständig beseitigt. Für diese Länder wird ferner der sogenannte Ueberzoll, das heißt der Unterschied zwischen der Zoll- und Steuerbelastung des eingeführten ausländischen Zuckers und der Belastung des inländischen Zuckers, auf einen Höchstbetrag festgesetzt, der bei Raffinade und ähnlichem Zucker 6 Fr. und bei rohem Zucker 5 1/2 Fr. für 100 Kilogramm nicht überschreiten darf. Der Zweck dieser Bestimmung ist, für die Zukunft es unmöglich zu machen, daß unter hohem Zollsaue die Zuckerindustrie eines Landes mit Hilfe von Kartellen und Syndikaten den Zuckerpreis in die Höhe treibt und dadurch übermäßige Vorteile zieht, die den Prämien gleichkommen.

Großbritannien übernimmt gleichfalls die Verpflichtung, daß es Prämien nicht gewährt wird. Die kleine Prämie, die den englischen Raffinerien aus der besonderen Gestaltung des seit dem April 1901 bestehenden englischen Zuckers zugesprochen ist, wird beseitigt werden.

Ferner hat Großbritannien das Versprechen abgegeben, während der Dauer des Vertrags den Zucker seiner Kolonien nicht günstiger als den Zucker der Vertragsstaaten zu behandeln.

Die britischen Kolonien und auswärtigen Besitzungen sollen nicht ohne weiteres unter den Vertrag, es ist ihnen vielmehr nur der Beitritt offen gehalten. Indessen hat Großbritannien die Verpflichtung übernommen, daß dem Zucker seiner Kronkolonien keinerlei Prämien gewährt werden dürfen. In Britisch-Ostindien werden mit dem Inkrafttreten des Vertrages die dort bestehenden Prämien-Ausgleichszölle gegenüber den Vertragsstaaten wegfallen.

Die niederländischen Kolonien fallen gleichfalls nicht unter den Vertrag. Aber auch ihrem Zucker dürfen keine Prämien gewährt werden und derselbe darf bei der Einfuhr in den Niederlanden nicht günstiger als der Zucker der Vertragsländer behandelt werden.

Zucker aus Ländern, die den Vertragsbedingungen sich nicht unterwerfen, soll zum Ausgleich der Prämien, die er im Ursprungsland genießt, oder der Vorteile, die sich aus einem dort bestehenden zu hohen Ueberzoll ergeben, mit einem Strafzoll belegt oder durch ein Einfuhrverbot ausgeschlossen werden.

Als Termin für das Inkrafttreten des Vertrages, der auf fünf Jahre fest abgeschlossen wird, für die spätere Zeit aber von Jahr zu Jahr kündbar sein soll, ist der 1. September 1903 festgesetzt.

Die Konvention bedeutet einen nicht unwesentlichen Fortschritt. Den Zuckerkartellen, die namentlich in Deutschland und Oesterreich eine unerhörte Mißwirtschaft getrieben haben, sind damit Jügel angelegt worden. Die Industrie wird sich gesunder entwickeln, und der Konsument wird entlastet werden, wenn auch die hohen Verbrauchsabgaben (20 M. für 100 Kilogramm) und Zölle nach wie vor den Verbrauch erschweren; der Zoll wird von 20 M. nach der Konvention auf etwa 4,50 M. herabgesetzt werden.

Die Konvention hat in den Kreisen des deutschen Zuckerkartells eine lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Am Donnerstag waren die Herren in Berlin versammelt, um gegen den Brüsseler Vertrag zu protestieren. Der Vorsitzende des Vereins der Rübenzucker-Industriellen Geheimrat König klagte in beweglichen Tönen: „Wird der Ueberzoll herabgesetzt, so ist das Kartell zu Ende, viele Fabriken werden zu arbeiten aufhören müssen, und die Lage der Landwirtschaft

wird weiter verschlimmert werden. Deshalb darf der Ueberzoll nicht herabgesetzt werden. Was in Brüssel auch beschlossen wurde, so lange das Kartell dauert, sollte diese Konvention nicht in Kraft treten.“

Ein Redner, Dr. Bruchner, empfahl vernünftigerweise, man solle statt gegen die Beseitigung der Prämien und die Herabsetzung des Ueberzolls zu kämpfen, lieber auf die Ermäßigung der inländischen Verbrauchssteuer hinarbeiten, um den Konsum zu heben.

Das wäre allerdings die nützlichste Maßnahme und gesundheitlich höchst wertvoll. Der Zuckerverbrauch kann in Deutschland noch außerordentlich gesteigert werden, wenn er verbilligt wird. In Deutschland wird auf den Kopf der Bevölkerung jährlich etwa 14 Kilogramm, in England dagegen 45 Kilogramm konsumiert.

Indessen nahmen die Zuckerkartellisten eine in diesem Sinne gestellte Resolution nicht an, sondern faßten einen Beschluß, der sich abwartend verhält und nur den Wunsch äußert, daß das Kartell vor dem Abschluß der Gesetzgebung von der Regierung gehört werde.

Es scheint, daß im Reichstage ein Gesetz im Sinne der Konvention zu Stande kommt. Selbst der parlamentarische Agent des Zuckerkartells, Herr Paasche, auf den die rühmliche deutsche Zuckererzeugung zurückzuführen ist, befreundet sich bereits mit dem Gedanken der Konvention.

Die Hochzollzöllner hat in der Zuckerindustrie zu einem offenen Bankrott geführt. Eine internationale Regelung müßte an die Stelle des Kampfes aller gegen alle treten. Ein kleiner Anfang zur Besserung der chaotischen internationalen Wirtschaftspolitik.

Zolltarif-Kommission.

Aus der Donnerstags-Sitzung sind zwei bemerkenswerte Beschlüsse hervorzuheben. Der eine kennzeichnet die in der Schutzollwut liegende, fast blinde Feindschaft gegen jeden Kulturfortschritt. Unter Nr. 17 will der Entwurf „nicht besonders genannte Delikatessen“ mit 2 M. per Doppelcentner besteuert wissen. Die Motive für diese Verzollung sind so klassisch, daß sie wörtlich angeführt zu werden verdienen. Sie lauten:

„Für die ferner noch im Handel erscheinenden Delikatessen empfiehlt es sich, den gleichen Satz wie für die Gruppe der Nr. 14 vorzusehen, um dem Wettbewerb etwa neu auftretender Früchte wirksam entgegenzutreten zu können.“

Vergeßlich warnte Molkenbuhr vor der aus dieser Begründung herausfließenden fast kindlichen Furcht vor Kulturfortschritten. Die agrarische Mehrheit setzte der Vorlage entsprechend einen Schutzoll gegen etwaige spätere Fremdel ausländischer Erfindungen oder kultureller Verbesserungen ein, die der Landwirtschaft oder Technik in Deutschland förderlich sein könnten.

Von weit einschneidenderer Bedeutung als dieser etwas Zukunftsmissi enthaltende Beschluß, einschneidend zu Ungunsten eines Nahrungsmittels weiter Kreise, war ein zweiter Beschluß. Dieser betraf die künstliche Verteuerung der Kartoffel durch einen Schutzoll. Die Kartoffel hat die Regierungsvorlage als außerordentlich wichtiges Nahrungsmittel vom Schutzoll verschont. Der Vorsitzende des Bundes der Landwirte verlangte 5 M. Zoll für den Doppelcentner in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli und 1 M. für die übrige Jahreszeit. Ein Antrag Herold (Centrum) forderte einen Zoll von 2 M. 50 Pf. für die Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli, im übrigen Zollfreiheit. Dieser die Kartoffel verteuern Antrag des Centrum gelangte zur Annahme. Die auf Kartoffelnahrung angewiesenen, so schwer nolleidenden Kreise der katholischen Arbeitererschaft erhalten so auf neue den Beweis der arbeitserfindlichen Richtung des katholischen Centrum.

In der nächsten Sitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden, ob und wann die Kommission während der Osterferien tagen soll. Die Mehrheitsparteien regten die Bewilligung von Diäten für die Sitzungen der Kommission an.

In derselben Sitzung wird sich auch entscheiden, ob einem Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Frhrn. v. Seyl entsprechend der Zoll auf Tabak von 85 auf 125 M. heraufgesetzt werden soll.

Ehe die Kommission am Donnerstag in die sachliche Beratung eintrat, gab der Vorsitzende Reitich das Geschäftsordnungs-Abkommen bekannt. Es lautet:

1. Schlufanträge sollen auch ferner zulässig sein, jedoch erst dann, wenn die Antragsteller ihren Antrag begründet haben.
 2. Wird nach Kundgebung eines Schlufantrages und vor der Abstimmung über denselben das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, so soll dasselbe vom Vorsitzenden erteilt werden. Jedoch findet über den Schlufantrag keine Debatte statt.
 3. Antragsteller soll das Wort vorweg erteilt werden. Ist von mehreren gemeinsam ein Antrag gestellt, so erhält nur einer der Antragsteller das Wort vorweg. Ist von mehreren Mitgliedern ein gleichlautender Antrag gestellt, so haben dieselben sich darüber zu verständigen, wer den Antrag begründen soll.
- Dieser Fassung widersprach die Kommission nicht; sie wurde genehmigt und zu Protokoll gegeben.

Es wurde nun die Beratung des Zolltarifs fortgesetzt. Position 16, die Baumwollen-Samen, Olivenkisse, Schenkisse, Butterbohnen, Stillingiasamen, Palmkerne (auch zerleinert) Kopro- und Ricinusfasern zollfrei läßt, wird debattelos angenommen.

Position 17 legt auf „andre nicht besonders genannte Oelfrüchte“ einen Zoll von 2 Mark.

Molkenbuhr (Soc.): Wir sind Gegner des Zolltarifs, weil demselben Motive zu Grunde liegen, die unseren Ansichten widersprechen, vor allem Verteuerung und Verschlechterung der notwendigen Lebensmittel der Arbeiter und Hemmung des Kulturfortschritts. Dies tritt nirgends so kraß hervor wie bei dieser Position. In der Begründung heißt es: „Der Zoll wird gefordert, um dem Wettbewerb etwa neu auftretender Früchte wirksam entgegenzutreten zu können.“ Neue, eventuell besonders gute Oele sollen durch den Zollsaue von vornherein von der Verwendung in der deutschen Industrie ausgeschlossen werden.

Der Zollsaue wird nach kurzer Debatte angenommen. Position 18 stellt für Rottkeesaue, Weißkeesaue und andre Keesaaten, die nach dem bisherigen Tarif zollfrei waren, einen Zollsaue von 5 M. ein.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt einen Zoll von 10 M. Stolle (Soc.) begründet einen socialdemokratischen Antrag, der Zollfreiheit fordert. Die kleinen Bauern, die einen verhältnismäßig großen Viehstand haben, selbst aber keine Keesaue bauen können, müssen Keesaue zur Fütterung ihres Viehes ankaufen.

Frhr. v. Wangenheim (L.) hält es kaum der Mühe für wert, Herrn Stolle zu widerlegen. Die vorgeschlagenen Sätze sind zu niedrig und 10 M. angemessen.

Nachdem Ministerialdirektor Wermuth den Antrag Wangenheim bekämpft hat, wird der Antrag Wangenheim mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt und die Sätze nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 19 setzt für Grassaue aller Art, die bisher zollfrei war, einen Zoll von 2 M. fest.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt einen Zollsaue von 10 M.

Stolle (Soc.) begründet einen Antrag auf Zollfreiheit. Dr. Müller-Reinigen (Soc.): Der deutsche Samenhandel ist wie kein anderer entwickelt.

Der Antrag Wangenheim wird abgelehnt und der Zollsaue nach der Regierungsvorlage angenommen.

Position 20 legt auf Runkelrübensamen und Zuckerrübensamen, die bisher zollfrei war, einen Zoll von einer Mark.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt einen Zoll von 6 M. Ministerialdirektor Wermuth stellt fest, daß die Ausfuhr von Runkelrüben- und Zuckerrübensamen die Einfuhr erheblich übersteigt.

Stolle (Soc.): Hier handelt es sich um eine Bewilligung des Schutzollsaues auf Vorrat. So lange die deutsche Samenzüchterei auf der Höhe steht, kann sie den Schutzoll entbehren. Wenn man in andern Ländern uns nachstrebt, so ist das doch noch kein Grund für einen Schutzoll. Sollte aber einmal eine Einfuhr nötig sein, dann sind es die Bauern, die den Zoll bezahlen müssen. Die Samenzüchtung liegt in den Händen der großen Kapitalisten in Erfurt und Quedlinburg. Will man die Bauern gegen die Großgrundbesitzer aufreizen, dann braucht man ihnen nur mitzuteilen, wie man hier ihre Kohlflosse zu verteuern sucht. Der Kleinbauer kann keinen Samen züchten, weil hierzu Einrichtungen und Kenntnisse erforderlich sind, die ihm fehlen.

Der Antrag Wangenheim wird abgelehnt und der Satz nach der Vorlage angenommen.

Position 21 läßt andre Feldrübensamen, Möhrensaamen, Cichorienisaamen, Gemüsesaamen, Distel, Blumenisaamen, Tabakisaamen sowie anderweit nicht genannte Sämereien für den Landbau zollfrei. — Diese Position wird debattelos angenommen.

Position 22 legt auf Aue, Fenchel, Koriander, Kümmel (bisheriger Zollsaue 3 M.) und andre Sämereien zum Genuß frisch (bisher zollfrei) oder getrocknet (bisher 4 M. Zoll) unterschiedslos einen Zoll von 4 Mark.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Stadthagen (Soc.): Hier handelt es sich um Produkte, die von der großen Masse des Volkes gebraucht werden. Vielleicht löse hier v. Wangenheim auf ihn. Er habe neulich gesagt, seine (Stadthagens) Aeden seien ihm Lust. Da auch Wangenheim ohne Lust nicht leben kann, so sei zu schließen, daß er auch ohne seine Aeden nicht leben könne. (Heiterkeit.) Die Agrarier begründeten ihre Zollsaue bald damit, daß wir zu große Einfuhr, bald damit, daß wir zu große Ausfuhr hätten. So lasse sich freilich alles beweisen.

Position 22 wird nach der Vorlage angenommen.

Position 23 läßt frische Kartoffeln zollfrei. Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt, frische Kartoffeln für die Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli mit einem Zoll von 5 M., für die Zeit vom 1. August bis 14. Februar mit einem Zoll von 1 M. zu belegen.

Herold (C.) beantragt auf eingeführte Kartoffeln in der Zeit vom 15. Februar bis 31. Juli einen Zoll von 2,50 M. a. r., für die übrige Zeit Zollfreiheit.

Frhr. v. Wangenheim (L.): Die Kartoffeln, die vom 15. Februar bis 31. Juli eingeführt werden, sind Luzuskartoffeln. Wenn unsere Frühkartoffeln kommen, werfen die Händler die fremden Kartoffeln auf den Markt und schädigen die kleinen Gemüsbauern.

Herold (C.) glaubt gleichfalls nicht, daß ein Kartoffelzoll die Konsumkartoffeln im Preise steigert. Aber die Frühkartoffeln können als Luzuskartoffeln einen Zoll vertragen. Die hohen Zölle, die Wangenheim fordert, haben freilich keine Aussicht auf Annahme. Durch solche übertriebenen Anträge schädige man die Landwirtschaft.

Staatssekretär Graf Vosadowsky tritt für die Zollfreiheit der Kartoffel ein. Die Kartoffel sei kein gutes Zollobjekt. Deutsch-

Land habe im Jahre 1900 nur 1 407 682 Doppelcentner eingeführt, aber 2 241 671 Doppelcentner ausgeführt. Von den eingeführten Kartoffeln sind nur 170 000 Doppelcentner Frühkartoffeln. Bei einer Produktion von 400 Millionen Doppelcentner ist die Einfuhr so unbedeutend und löst so geringen Einfluß aus, daß es sich nicht lohnt, durch einen Zoll eine unnötige Erregung im Volke hervorzurufen.

Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. Johannes bekämpft gleichfalls im Interesse des Abschlusses von Handelsverträgen den Kartoffelzoll.

Antic (Soc.) weist darauf hin, daß die Frühkartoffeln nicht nur eine Speise der Reichen sei. Im Juni essen auch die Arbeiter schon Frühkartoffeln. Mit dem Zoll wolle man eine Preissteigerung der gewöhnlichen Speisekartoffeln herbeiführen.

Müller-Sagan (fr. Sp.): Mit dem Kartoffelzoll solle den kleinen Bauern nur Sand in die Augen gestreut werden.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag **Wangenheim** abgelehnt und der Antrag **Herold** angenommen.

Position 24 läßt **Putterlilien**, Möhren, Wasserrüben und sonstige Feldrüben, wenn sie frisch sind, zollfrei. Getrocknete und gedarrte, mit Ausnahme der als Küchengewächse dienenden Rüben belegt sie mit 1 Mark Zoll.

Die Vorlage wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages, der auch getrocknete Rüben zollfrei lassen will, angenommen.

Position 25 läßt **frische Zuckerrüben**, auch zerkleinert, zollfrei. Getrocknete sollen wie bisher einen Zoll von 1 Mark tragen. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit für die getrocknete Zuckerrübe. **Frhr. v. Wangenheim** beantragt einen Zoll von 0,50 Mark für frische Zuckerrüben. Unter Ablehnung beider Änderungsanträge wird der Satz der Vorlage angenommen.

Position 26 läßt **frische Cichorienwurzeln** zollfrei und erhöht den bisherigen Satz für getrocknete von 1 Mark auf 2 Mark.

Antic (Soc.) beantragt Zollfreiheit auch für die getrockneten Cichorien.

Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.) beantragt, den bisherigen Satz beizubehalten.

Frhr. v. Wangenheim (L.) beantragt, den Zoll für getrocknete Cichorien auf 2,50 Mark zu erhöhen und einen Zoll von 1,50 Mark auf frische Cichorien zu legen.

Ministerial-Direktor Werunth: Im ganzen werden nur 100 Tonnen Cichorien importiert. Da lohnt es sich nicht, einen Zoll zu nehmen.

Wolkenbühr (Soc.): Die Einfuhr ausländischer Cichorien erfolgt nicht wegen der Willigkeit, sondern wegen der Qualität. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden die Sätze der Vorlage angenommen.

Die Weiterberatung wird vertagt.

Zum Schluß entspinnt sich noch eine Geschäftsordnungs-Debatte darüber, wann und auf wie lange die Kommission in die Ferien gehen soll.

Müller-Sagan (fr. Sp.) regt an, mit dem Reichstag in die Ferien zu gehen und dann früher zu beginnen.

Gamp (Sp.) will sich erst morgen entscheiden und regt die **Diätenfrage** für die Kommission an.

Spahn (L.) schlägt vor, mit dem Reichstag in die Ferien zu gehen und 8 Tage früher zu beginnen. Für diese 8 Tage müßten den Mitgliedern Diäten bezahlt werden.

Graf Kanth (kon.) ist auch der Ansicht, daß Diäten gezahlt werden, wenn die Kommission allein sitzt. Aber hierzu sei ein besonderes Gesetz erforderlich, daß möglichst bald vorbereitet werden müsse.

Spahn (L.) erinnert daran, daß man auch der Justiz-Kommission Diäten bewilligt habe.

Schließlich wird der Beschluß über die Frage, wie lange sich die Kommission vertagen will, auf Freitag verschoben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Der Reichstag

erledigte heute die noch ausstehenden Etats unsrer Kolonien. Eine längere Debatte setzte bei der Forderung für die Fortführung der Telegraphenlinie zwischen Dar-es-Salaam und Kapapa nach Tabora ein. Die Regierung forderte als erste Rate hierfür 770 000 Mark, wovon auf den Etat für Ostafrika 108 000 Mark entfallen, während der Rest der Postverwaltung zur Last fällt. Die Budgetkommission hat von der Gesamtforderung 302 000 Mark abgesetzt. Die Linke, der sich einige versprengte Centrumsmänner anschlossen, erhob unter Hinweis auf die Finanzlage und die Nichterfüllung wichtiger Kulturforderungen in der Heimat Widerspruch gegen die Bewilligung auch nur der verkürzten Summe. Schliesslich wurde der Antrag der Budgetkommission angenommen.

Beim Etat für Kamerun kritisierte der konservative Abg. Schrempf, wie im Vorjahre, daß durch die ausgedehnte Konzessionserteilung an europäische Plantagenbesitzer die Landbevölkerung der Eingeborenen nicht respektiert würden. Die schwarzen und weißen Arbeiter würden grausam behandelt und die Eingeborenen durch den Schnapsimport systematisch vergiftet. Herr Schrempf hat erfahren, was Sozialdemokraten regelmäßig erfahren, wenn sie an Mißständen öffentlich Kritik anlegen, die Kolonialinteressenten haben die Anklage des Herrn Schrempf mit dem üblichen Schimpfen beantwortet. Der Kolonialdirektor Stübel wollte zuerst nicht genauere Auskunft über die grausamen Mißhandlungen geben, derentwegen drei Hamburger Kaufleute verurteilt worden sind, erst als Ledebour sein Verdrönnen über diese Verweigerung aussprach, sah sich Herr Stübel veranlaßt, aus den Akten das Urteil mitzuteilen. Bislang war in der Debatte der Gegensatz, der sich zwischen dem hofparteilichen Centrum und den demokratischen Elementen aufthut. Herr Dasbach, der von der Kolonialpolitik nicht viel wissen will, hatte gemeint, daß die Missionare nur als Zugmittel benutzt würden; das veranlaßte den Prinzen Arenberg zu einem Lobgesang auf die Kolonialverwaltung und ihre Fürsorge für die Missionare, worüber Herr Stübel schmunzelnd quittierte.

Beim Etat für die Carolinen-Inseln wies der freisinnige Abgeordnete Biemer auf den Widerspruch hin zwischen den Angaben des damaligen Staatssekretärs des Auswärtigen, Grafen Bülow, und den Angaben der letzten Denkschrift über den Wert der neuesten Erwerbung Deutsch-Lands. Graf Bülow hat die Carolinen und Marianen als paradiesische Eilande geschildert, in der Denkschrift aber ist von dem ungünstigen Klima und von starren Basaltfelsen die Rede. Die Regierungsvertreter suchten sich damit herauszureden, daß die wirtschaftlichen Interessen seiner Zeit nur vorgeschützt worden seien, in der Hauptsache sei die Erwerbung aus politischen Gründen erfolgt.

Beim Etat für Samoa a plauderte der Gouverneur von Samoa, Herr Solz, sehr hübsch über die Zustände, die sich unter deutscher Herrschaft entwickelt haben. Die samoanischen

Hauptlinge scheinen sich auf die Liebesgabenpolitik fast ebenso gut wie unsre Agrarier zu verstehen.

Morgen wird voraussichtlich die 2. Lesung des Reichshaushalts-Etats beendet werden. Außerdem steht noch die Uebernahme einer Reichsgarantie für die ostafrikanische Centralbahn auf der Tagesordnung, die durch ein Versehen des Präsidenten heute noch nicht erledigt und, wie geplant, an die Budgetkommission zurückverwiesen werden konnte. Mitunter schläft auch der göttliche Homer!

Der Fall Stietencron nochmals vor Gericht.

Man schreibt uns aus Kiel vom 5. März: Wie die gesamte unabhängige deutsche Presse, hatte auch unser hiesiges Parteiorgan, die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“, im August v. J. die Auffsehen erregende Freisprechung des „tolleu Varons“ durch das Kriegsgericht in Saaburg besprochen und dem Protest der öffentlichen Meinung gegen den Spruch des Militärgerichts in Saaburg, aber sachlicher Kritik des Urteils Ausdruck gegeben. Die Vertagung des Termins nach dem Gutsbezirk des Angeklagten, die Verhandlung, deren sich der Baron im Termin seitens des Gerichtshofes zu erfreuen hatte, die Nichtbeachtung der Sachverständigen-Urtheile, die feststellten, daß der tödliche Schuß den Italiener im Rücken getroffen habe, also nicht in Notwehr abgegeben worden sein könne, die einseitige Berücksichtigung der Enklastenzeugen, alles vom Angeklagten abhängige Personen, gegenüber den zehn Belastungszeugen, die sämtlich für ungläubwürdig erklärt wurden — alle diese Momente hatten die „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ zu dem Schluß geführt, daß eine objektive Befugnisse der Militärrichter zu Gunsten des Hauptmanns z. D. von Stietencron angenommen werden müsse. Die Richter hätten in dem Angeklagten in erster Linie den Standesgenossen erblickt, dessen Kavallerieparade den entgegenstehenden Zeugenansagen und dem wissenschaftlichen Gutachten der Sachverständigen mindestens gleichzusetzen sei. In dieser Auffassung, die sachlich aus dem Milieu der Militärrichter hergeleitet und als im Wesen des Militärgerichts begründet nachzuweisen versucht worden war, hatte das Kriegsgericht der 31. Division eine Beleidigung erblickt und Strafantrag gestellt. Infolgedessen hatte sich heute der damalige verantwortliche Redacteur der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“, Genosse A. Weber, vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zu verantworten.

In der Verhandlung wurde zunächst das bekannte Urteil des Zivilgerichts in Javern verlesen, das einer Einschuldigungslage der Hinterbliebenen des getödteten Italieners stattgegeben hat, weil es im Gegensatz zu dem Kriegsgericht annahm, daß Stietencron die berechnete Notwehr sachlich übergriffen habe. Das Zivilgericht stellte, wie aus dem Urteil hervorgeht, fest, daß Stietencron keine Veranlassung hatte zu schießen, daß er aber, wenn er von der Plüme Gebrauch machte, auf die Wunde seines angeblichen Angreifers hätte zielen müssen.

Sodann kam das Urteil des Kriegsgerichts selbst zur Verlesung und damit zum erstenmal die authentische Begründung des seiner Zeit von der Öffentlichkeit mit der größten Verblüffung aufgenommenen Freispruchs zur Kenntnis weiterer Kreise. Der Eindruck der Verlesung war ein derartiger, daß der Verteidiger, selbst ein Hauptmann der Reserve, konstatieren konnte, ersend, daß der Verfasser des schriftlichen Urteils offenbar selbst ein Gegner der Freisprechung Stietencrons gewesen. Zweitens, daß der Artikelredacteur der „Schlesw.-Holst. Volksztg.“ mit seiner Auffassung den Regel derart sicher auf den Kopf getroffen habe, als ob ihm das schriftliche Urteil im Wortlaut vorgelesen habe. In der That nämlich geht aus der Begründung des Urteils hervor, daß die Militärrichter der Verantwortlichkeit des Angeklagten in einem Maße Rechnung getragen haben, wie es bei einem civilen Gerichtshof undenkbar gewesen wäre. So wird die Widerlegung der drei, auf den anatomischen Befund sich stützenden Sachverständigen-Gutachten im wesentlichen auf die den übereinstimmenden Gutachten entgegenstehende Darstellung des Angeklagten gegliedert. Weil der Getödtete, nach Stietencrons Aussage, die mit die Stellung eingenommen, könne ihn der Schuß unmöglich im Rücken getroffen haben. Foggi hielt es an anderer Stelle, „nach der bestimmten Angabe des Angeklagten“ die Schaufel zum Angriff bereit; die entgegengesetzten Ansagen der Kameraden des Getödteten seien ungläubwürdig, da diese „die Opfer unerhörter Beeinflussung seitens eines Teiles der Presse“. Weiter heißt es im Urteil, der von gewissen Zeitungen geäußerte Verdacht, als habe Stietencron sich die Verurteilung, mit der er seine Notwehr begründete, selbst beigebracht, sei zurückzuweisen, weil Stietencron, wenn er auch mit rücksichtsloser Willensstärke Eingriffe in sein Recht abwehre, zu vornehm denke, als daß er sich zu einer solchen jämmerlichen Komödie herbeilasse würde.“

Der angeklagte Redacteur wie der Verteidiger wählten diese Momente der Anklage wirkungsvoll entgegenzuhalten. Das Urteil soll nächsten Mittwoch verhandelt werden. Der Staatsanwalt hat sechs Monate Gefängnis beantragt, obwohl der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist.

Deutsches Reich.

Die Scharmacher- und Schwindel-Agentur in Shanghai, die am 7. Juli 1900 eine blutige Schandthat der angeblich am 6. Juli erfolgten Ermordung sämtlicher Europäer in Peking an einzelnen Blätter habelte, soll jetzt, wie die „R. Z.“ mitteilt, in zwei Personen in Shanghai, namens Sutterle alias Shtweiser und Chesney Duncan ermittelt sein.

Angedacht soll bei Verbreitung des infamen Lügentelegramms nur journalistische Sensationslästerlichkeit im Spiele gewesen sein. Als ob nicht die Shanghaier Lügenfabrik auch viel später noch ihr Scharmacherhandwerk unablässig getrieben habe!

Die Meldung selbst wurde bei ihrem Bekanntwerden von dem „Vorwärts“ sofort als Schwindel bezeichnet. Erst als eine Reihe scheinbarer Befätigungen derselben vorlag, glaubte auch der „Vorwärts“ der allgemeinen Ansicht von der Ermordung beitreten zu sollen.

Dann jedoch kamen zahlreiche, immer bestimmter auftretende Dementierungen, so daß die Regierungen nicht müder als die Blätter bereit um den 20. Juli herum die feste Ueberzeugung gewannen, daß die Gesandten sich noch am Leben befänden.

Die Lügennachricht verfehlte gleichwohl ihre Wirkung nicht. Denn es ist zweifellos, daß der Einschlich des deutschen Kaisers, einen Sühnefeldzug großen Stiles unter deutscher Führung ins Werk zu setzen, unter dem Eindruck des Shanghaier Telegramms reifte. Wie nachhaltig seine Erregung über die vermeintliche Peking Blutthat war, bewies seine bekannte Bremerhavener Rede am 27. Juli.

Aber bereits am 4. Juli hatte der Kaiser in Wilhelmshaven jene andre Aufsehen erregende Rede gehalten, in der das Wort fiel, daß keine große Entscheidung auf dem Erdball mehr fallen dürfe ohne Deutschlands Eingreifen, und daß er willens sei, hierbei die stärksten Mittel rücksichtslos anzuwenden. Drei Tage später wurde das Scharmacher-Telegramm in Shanghai losgelassen!

Nach alledem liegt der Verdacht nicht allzusehr, daß die Lügenfabrik in Shanghai planmäßig vorging, um Deutschland zu veranlassen, in China für England, das in Südafrika gebunden war, die Kasanien aus dem Feuer zu holen.

Eine Gegenvisite Wilhelm II. in Rußland soll für den Sommer beabsichtigt sein. Gelegentlich des Besuchs sollen große Marinemannöver bei Reval stattfinden. — Der deutsche Kaiser hat bereits einmal den russischen Boden betreten: damals, als er ganz unerwartet über die Grenze rit und den erkannten Bewohnern eines russischen Grenzstädtchens, das von einer Feuersbrunst heimgegriffen worden war, mit einer die landesväterlichen Verdienste Väterchens berechtigt preisenden Ansprache eine Jarenspeude überreichte. —

Das Kanonenblatt. Nach der „Rein.-Westf. Ztg.“ hat der Geheime Finanzrat Jende im Auftrah an eine ordentliche Generalversammlung die Aktionäre der „Verl. Neuesten Nachr.“ zum 25. d. M. nach Essen zu einer außerordentlichen Generalversammlung, welche über die Auflösung der Gesellschaft Beschluß fassen soll, berufen. Die „Rein.-Westf. Ztg.“ fügt hinzu, daß die Aktien-Gesellschaft der „Verl. Neuesten Nachr.“ Ende 1900 mit dem Sitz in Essen und einem Kapital von 575 000 M. in die jetzige Form der Aktiengesellschaft übergeleitet sei, das Finanzresultat habe sich indessen recht ungünstig gestaltet.

Herr Krupp hat ja auch vorläufig nicht mehr nötig, Reklameblätter für Marine-Ausrüstung (Weltpolitik) zu unterhalten. Er hat die Lieferungen in der Tasche. —

Majestätsbeleidigende Boeren-Sympathien. Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den freireligiösen Prediger Welder in Wiesbaden eine Klage eingeleitet worden. Die Majestätsbeleidigung wird gefunden in einer Stelle der Ansprache Welders bei der Schiersteiner De-Wei-Zeier, wo die Verantwortlichkeit für die Klage denen zugewiesen wird, von denen die Kriegserklärung ausgehe. Die Predikate mit dem Wortlaut der Rede ist unlängst in Frankfurt beschlagnahmt worden. Die Ansprache war ein scharfer Protest gegen Chauvinismus und eine Verurteilung jeglicher Kriegsgrenze.

1898 hätte die deutsche Boerenfreundschaft keinen Staatsanwalt angereizt, nach Majestätsbeleidigungen zu spähen. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Ausnahmezustand genehmigt!

—st— Wien, 4. März. (Fig. Ver.) Bei der Behandlung des von der Regierung Koerber über die Stadt Triest verhängten Ausnahmezustandes zeigt sich die korrupte Art des östreichischen Parlamentarismus in ihrer ganzen abstoßenden Widerwärtigkeit. Die Suspension der staatsbürgerlichen Rechte war die größte Privatthat, die eine Regierung verüben konnte; es war in Triest nichts vorgefallen, was die Aufhebung der politischen Freiheiten nötig gemacht hätte, noch ist der Ausnahmezustand die Maßregel, welche die durch die Ermordung so vieler unschuldiger Menschen verbitterten Gemüther zu beruhigen vermöchte. Trotzdem war es nicht überraschend, als die Regierung jene Privatthat beging. Als eine Regierung von mehr oder minder verpösten Beamten ist ihr Respekt vor den Rechten der Staatsbürger vorweg nicht sehr bedeutend; zudem kam sie sich auf die Angst, die die Schiffe der von dem unfähigen Statthalter gerufenen Soldateska erzeugt hatten, als auf einen milderen Umstand ihrer thörichtesten Maßregeln berufen. Dem Parlament stellt aber jede Entschuldigung; wenn jene Aufhebung der bürgerlichen Freiheiten von den Abgeordneten legitimiert wird, so ist das ein Skandal, der in der Geschichte der europäischen Parlamente seinesgleichen sucht; zumal da die Beamtenregierung über keine ihr gehörige Majorität verfügt, die Parteien also nicht verpflichtet sind, durch ein außerhalb der Sache stehendes Dörrfleisch der Regierung ihre Zustimmung zu liefern. Dennoch ist der Ausnahmezustand gestern von dem zur Prüfung der Ausnahmeverordnung eingesetzten Special-Ausschusse zur Kenntnis genommen worden, und wie die Dinge in unserem entarteten Parlamenten stehen, so ist leider nicht zu zweifeln, daß der Beschluß im Hause bestätigt werden wird. Die Würdelosigkeit der bürgerlichen Parteien ging so weit, daß sie sogar den Antrag ablehnten, der die Regierung zur sofortigen Aufhebung des Ausnahmezustandes auffordern wollte — obwohl doch, selbst wenn die Notwendigkeit der Erlassung angenommen werden könnte, die Ruglosigkeit und Ueberlässigkeit seiner Aufrechterhaltung außer allem Zweifel steht! Dieses Votum der bürgerlichen Parteien ist nur durch den angeborenen Sturzsinn des Oestreichers zu erklären, durch seinen verdammt Respekt vor jeder Gewaltthat, die die hohe Obrigkeit zu verüben für gut befindet! Als ein bezeichnendes Detail mag bemerkt werden, daß sich der Ausschuss als Referenten den liberalen Abgeordneten Dr. v. Fuchs erkoren hat, einen Menschen, der an dem berühmten Schuttenstreich der Lex Falkenhahn mitschuldig war und als Präsident des östreichischen Abgeordnetenhauses so gründlich abgekracht hat! Auch das verdient verzeichnet zu werden, daß sich die zwei altdeutschen Mitglieder des Ausschusses der Abstimmung enthalten haben, daß also die Vertreter der scheinbar so radikalen Partei, die mit ihrem demokratischen Gestank so viel Verwirrung angerichtet hat, die Schandthaten der Koerberischen Verwaltung bewußt unterstützten!

Es scheint jedoch, daß die Regierung vor ihrem so mühselosen Siege selbst Grauen empfindet, denn heute wird offiziös gemeldet, die Aufhebung des Standrechts stehe unmittelbar bevor und auch die Befestigung des Ausnahmezustandes sei „in kürzester Frist“ zu gewärtigen. Der Bericht des Ausschusses soll im Abgeordnetenhause am Donnerstag zur Verhandlung kommen; Herr v. Koerber und seine Parteien können sich da auf eine ordentliche Strafpredigt gefaßt machen. —

Frankreich.

In der Kammer wurde in den letzten zwei Tagen über das Budget der Post und Telegraphie verhandelt. Sembat (revolutionärer Sozialist) als Berichterstatter erlachte freimütig an, daß Millerand in seinem Resport dankenswerte Reformen eingeführt habe, er verlange aber eine Reform, die sich sofort einführen ließe, nämlich die Schließung der Postbüros von Sonntagmittag an. Der Unterstaatssekretär verspricht, daß eine diesbezügliche Bestimmung bereits in den nächsten Tagen erlassen werde. Lévaods (Guesdist) ermahnt die Regierung, ein Gesetz vorzulegen, nach welchem sämtlichen Angestellten der Post ein wöchentliches Ruhetage garantiert wird. Muzillac ist bellänlich der wöchentliche Ruhetage für die Postbeamten in einigen großen Centren zur Einführung gelangt. Lévaods wünscht, daß diese Bestimmung auf alle Postämter ausgedehnt werde. Millerand antwortet, der Staat habe zwar kein Geld, die Aufgabe, den Privatbetrieben mit gutem Beispiele voranzugehen. Es bedürfe auch gar keines besonderen Gesetzes. Der Staat habe das Recht und die Pflicht, die Arbeitsbedingungen seiner Angestellten nach Möglichkeit zu verbessern; es sei dies lediglich eine finanzielle Frage, die Reform werde einige Millionen kosten. Es wurde die Resolution Lévaods angenommen.

Belgien.

Die Verfassungsrevision. Das Liberal-Sozialistische Kartell zur Erringung des allgemeinen Stimmrechts hat beschlossen, daß der Antrag auf Verfassungsänderung betreffend die Wahlen zur Kammer und Senat sofort nach Erledigung des Antrags Vandervelde bezüglich der Wahlen zu den Provinzial- und Kommunalvertretungen eingebracht werden soll. —

Italien.

Aus Casabrien kommen Nachrichten über stattgehende ganz ernsthafte Revololen. Die Arbeitslosigkeit ist dort eine sehr große, und die Bewohner warten seit langem auf die längst versprochenen Eisenbahnbauten. Die Regierung konfessioniert dieselben nicht, und so kam es zu Zusammenrottungen; am schlimmsten wurde in Cassino gehaust. Dort drang die Masse in das Stadthaus ein, schlug alles

entzwei, begoß Treppen und Zimmer mit Petroleum und zündete das Haus an, so daß das ganze Gebäude in kurzer Zeit ein Raub der Flammen geworden war. Es stehen nur noch die vier Umfassungsmauern, und der Schaden wird auf eine halbe Million Frank geschätzt. Militär und Gendarmen sind jetzt in genannten Orte angelangt und haben gegen 40 Verhaftungen vorgenommen. —

Spanien.

Die Metallindustriellen von Barcelona haben eine Kommission ernannt, welche die Forderungen der Arbeiter untersucht und die nötigen Reformen vorschlagen soll. — Es sind wieder einige Streiks im Gange. So haben die Fuhrleute der Lastfuhrwerke die Arbeit eingestellt. Die Behörden bringen das alte Mittel in Anwendung, indem sie Militär beordern, die Wagen zu begleiten und die „Ordnung“ anzufrachten zu erhalten. —

Türkei.

Albanische Unruhen. Saloniki, 6. März. Die Situation in den albanesischen Distrikten Berat und Salona ist wieder äußerst bedrohlich. Die Albanesen verweigern jede Steuerzahlung und setzen der Behörde thätlichen Widerstand entgegen. Die von Konstantinopel aus unternommenen Versuche, die Albanesenführer durch Versprechungen zu gewinnen, sind erfolglos geblieben.

Der Boeren-Krieg.

Die Votopfer des Goldhunders.

Selt Beginn des Krieges sind, nach einer soeben erschienenen amtlichen Statistik, 20 922 Engländer gestorben. Davon fielen auf dem Schlachtfeld 80 Offiziere und 4900 Mann, 178 Offiziere und 1700 Mann sind später ihren Wunden erlegen.

Freiwilligen-Mangel.

Der „St. James Gazette“ zufolge hat das Kriegsamt in verflochtenen Januar 10 000 Freiwillige anzuwerben versucht, es meldeten sich jedoch nur 1500.

Ablehnung einer Intervention durch Amerika.

New York, 5. März. Die Boerendelegierten Fisher, Wolmarand und Müller wurden heute vom Präsidenten Roosevelt in Washington empfangen. Die Audienz dauerte eine halbe Stunde. Präsident Roosevelt lehnte ab, in eine Auseinandersetzung über die südafrikanische Lage mit den drei Delegierten einzutreten, und verweigerte sie freundlich aber bestimmt an seinen Minister für auswärtige Angelegenheiten, den Staatssekretär Hay. Dieser erklärte den drei Herren dann noch am selben Tage amtlich, daß die Regierung der Vereinigten Staaten dem Wunsch nach Intervention zwischen Transvaal und England nicht nachkommen kann. Die Boerendelegierten verließen hierauf abends die Stadt Washington.

Parlamentarisches.

Die Branntweinsteuer-Kommission des Reichstages

berhandelte am Mittwochabend über den Antrag des Abg. Paasche (natl.), der den Melassebrennereien, die vor dem Jahre 1895 in Betrieb waren, ein festes Kontingent von 9 Millionen Liter reinen Alkohols überweisen will, das unter dieselben nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit verteilt werden soll, doch soll den bisher am Kontingent Beteiligten ihr bisheriges Kontingent nicht um mehr als 3 Proz. gekürzt werden dürfen.

Der Antrag, für den der Antragsteller geltend machte, daß er niemand schaden, den Kleinen aber nützen würde, wurde fast von allen Seiten bekämpft. Die Regierungsvertreter: Unterstaatssekretär v. Fischer, bairischer Geheimrat v. Gehrer und bairischer Ministerialdirektor Scherer erklärten ihn für unannehmbar, weil er in die Reservetrachte der Einzelstaaten eingreife, das Prinzip des Gesetzes durchbreche, weil er das Kontingent nach Kategorien feststellen wolle und zu unabweisbaren Konsequenzen führe. Die Annahme, die die Melassebrenner für sich wollten, sei absolut unberechtigt.

Rechtliche Gründe gegen den Antrag machten auch die Abg. Camp (Rp.), Holz (Rp.) und Dietrich (L.) geltend. Die Melassebrennereien seien Spekulationsbrennereien, die keine besondere Berücksichtigung verdienen.

Nur Abg. Müller-Fulda (C.) fand den Antrag beachtenswert, wenn er auch zunächst zurückgezogen und am andern Ort eingebracht werden müsse.

Schließlich zog Abg. Dr. Paasche, da er keine weitere Unterstützung fand, seinen Antrag zurück. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte darüber, ob der bekannte Antrag Semler gleichzeitig mit den andern auf die Brennereier-Stellung bezüglichen Anträgen erst beraten werden soll, wenn er in seiner neuen Fassung gedruckt vorliege, oder ob er allein bis zur zweiten Lesung zu vertragen sei, trat die Kommission in die Verhandlung des Antrags Speck (C.) ein, welcher die untere Grenze der Brennereierkontingente auf 300 Hektoliter fixieren und den Höchstmaß der Brennereier für die Erzeugung über 2000 Hektoliter auf 8 M. bemessen will.

Sowohl die Regierungsvertreter, wie auch die Abgeordneten in der Kommission gingen in der Beurteilung dieses Antrags weit auseinander, erstere dermaßen, daß Abg. Dr. Paasche (natl.) sich veranlaßt fand, zu erklären, er wolle zwar gern die Aufschaffung der Brennereier beachten, könne aber nicht lassen, ob sie mehr für oder mehr gegen den Antrag Speck sei. Abg. Dr. Semler (natl.) legte des näheren dar, wie die Säge in der Stäfflung auf Großbetriebe, wie der der Wandsbender Brennerei, wirken würden. Abg. Dietrich (L.) bekämpfte die Abg. August (Hdb. Rp.) und Durm (Soz.) bestritten die Freilassung der Erzeugung unter 300 Hektoliter im Interesse der kleineren Brennereien.

Rachdem noch verschiedene Redner zum Worte gekommen waren, wurde die Verhandlung, ohne daß es zu einer Abstimmung gekommen wäre, auf Donnerstagabend vertagt.

Partei-Nachrichten.

Eine Petition gegen das Dreiklassen-Wahlrecht hat das Centralkomitee der sächsischen Parteigenossen, die Genossen Ernst Schulze und Karl Siedermaun, an den sächsischen Landtag gerichtet. Die Petition ist von einigen Parteiblättern mißverstanden worden und wird deshalb kritisiert. Diese Blätter nehmen an, die Petition verlange nur das allgemeine Wahlrecht für die Leute, die weniger als 88 M. Steuern zahlen. Das ist wohl nicht richtig. Das Mißverständnis begründet sich auf den ersten Satz der Petition: „Die Unterzeichneten richten an die zweite Kammer des sächsischen Landtages das Ersuchen aller Landtagswähler, die weniger als 88 M. Steuern zahlen, statt des singulären Wahlrechts, das sie jetzt besitzen, ein wirkliches Wahlrecht zu gewähren bezw. zurückzugeben.“

Der Gedanke, der die Petenten dabei geleitet hat, dürfte der sein, daß nur die Wähler bis zu 88 M. Steuern (die dritte Klasse) durch das neue Gesetz entrechtet worden sind, daß deshalb auch nur diesen etwas zurückgegeben werden kann, und daß sie nur in deren Namen zu sprechen haben. Ungefähr findet sich noch an einer andern Stelle der Petition der Gedanke vom allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht ausgesprochen.

Das Mißverständnis ist wohl durch die wenig gewandte Stillierung des Satzes entstanden. Im übrigen sind allerdings auch wir der Meinung, daß die ganze Petition sehr wenig geschickt gemacht ist. Sie ist anscheinend von der Absicht geleitet, die Gegner mit den eignen Waffen zu schlagen und führt deshalb eine ganze Reihe von Behauptungen der Wahlrechtsverfechter wie auch der Regierungsvertreter an, in denen diese sagen, daß es gar nicht ihre Absicht wäre, die Vertretung der Arbeiter aus dem Landtage auszuschließen. Zudem dann die Petition auf die tatsächlichen Ergebnisse der Landtagswahlen, den vollständigen Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem Landtage hinweist, läßt sie die Hoffnung der Petenten erkennen, es werde nur den Herren im sächsischen Landtage schwer werden, die Thatfachen mit den von ihnen ausgesprochenen Absichten in

Einklang zu bringen. Dabei ergibt sie sich gleichzeitig (durchaus nicht zahn, wie ihr vorgeworfen wird) in einer ganzen Anzahl von Redewendungen, die wahrscheinlich den formellen Anlaß bieten werden, die Petition wegen Beleidigung des Landtages für ungeeignet zur Erörterung im Plenum zu erklären. Dann erhebt sich eine Stellungnahme zu unbecuemen Erinnerungen.

Selbstverständlich sind die schönen Bewusstseinsreden der konservativen Volksfeinde und ihrer „liberalen“ Schlepptreuer, aus denen die Petition eilert, auch nicht ernst gemeint gewesen. Sie wollten in der That die Opposition los werden, um das Geschäft des Pfeisenschneidens ungehindert treiben zu können.

Aber auch die politische Grundlage der Petition ist verfehlt. Selbst wenn es die ehrliche Absicht der Mehrheitspartei wäre, und gnädigst einige Eige im Landtage einzuräumen, so ist das für und völlig belanglos; wir wollen nicht einige Landtagsmitglieder aus Gnade und Barmherzigkeit, wir wollen die politische Macht erobern und da ist es thöricht, die Herren Reaktionäre zu bitten, und auch ein Plätschen neben sich einzuräumen.

Eine Petition von 2 Personen ist ja an sich ziemlich belanglos; wenn die zwei aber die Geschäftsführer der Partei in Sachsen sind, dann sollten sie ihr politisches Auftreten besser abwägen.

Des Reichsweids hatte der Redacteur Ziemann von der „Harburger Zeitung“ die Genossen Stengels und Karl Förster bezichtigt und sie als Helden einer schändlichen Ehrenräuberei bezeichnet. Auf die Klage der Beleidigten wurde Ziemann zu 200 M. Geldstrafe verurteilt. Aus den Akten des Prozesses, um den es sich bei dem Vorwurf handelt, wurde festgestellt, daß die Behauptungen Ziemanns völlig unbegründet sind. Der ebenfalls verklagte Redacteur des „Harburger Anzeigers“, Bielsch, gab die Erklärung ab, daß er die Kläger nicht beleidigen wollte und daß er sich aus den Akten von der Grundlosigkeit der gegen Förster und Stengels erhobenen Beschuldigungen überzeugt habe. Er wird eine befriedigende Erklärung in seinem Blatte abgeben.

Abgewiesener Wahlprotest. Die Parteigenossen der Stadt S. öcht a. M. hatten gegen die Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse Protest erhoben. Der Bezirksauschuss wies die Aufhebungsklage kostenfällig ab und setzte den Wert des Streitobjektes auf 500 Mark fest.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die wichtige Versammlung.

Das nachstehende Dokument spricht für sich selbst. Es ist ein wichtiger Beitrag zur Beurteilung der staatsbürgerlichen Freiheit in Preußen. Wir drucken es deshalb mit allen Formalien ab:

Unterschiede
Westerhüsen, Elbe, den 26. Februar 1902.
(Preis 20 Pfennig)

Sie haben unterm 24. d. M. eine öffentliche Versammlung der hiesigen Gemeindeglieder der 3. Abteilung zum 26. d. M., abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Schiff“ angemeldet. In der 1. Beschlusse Nr. 46 der „Volksstimme“ wird zu demselben Tag, derselben Stunde und in demselben Lokal eine wichtige Versammlung bekannt gemacht. Nach dieser Bekanntmachung kam ich die Versammlung nur als eine öffentliche Volksversammlung betrachtend.

Da Sie mir mittheilten bei der Anmeldung falsche Angaben gemacht haben, verbiete ich die Abhaltung der angemeldeten Versammlung.
Schmidt.

Aus Industrie und Handel.

Schaaffhausener Bankverein. Das Institut weist in seinem Wechseldruck für das Jahr 1901 einen erheblichen Geschäftserfolg auf. Der Reingewinn ist von 9 476 790 M. im Vorjahre auf 6 558 574 M. in diesem Jahre zurückgegangen und dementsprechend die Dividende von 7 1/2 Proz. auf 5 Proz. Auf Effektenkonto mußten 1 100 000 M. Abschreibungen vorgenommen werden, bei einem buchmäßigen Verlust von 200 932 M., die zu Lasten dieses Contos fallen. Außerdem sind die Verluste, die beim Zusammenbruch der Kammergarnspinnerei Götter und der Breslauer Weberei entstanden, abgeschrieben. Bei der starken Beteiligung an industriellen Unternehmungen hat die Bank mit ihren 100 Millionen Aktienkapital noch einen leidlichen Umschlag herausgebracht. Die Aktien sind unangefastet geblieben und die Liquidität der Bank gut erhalten; den laufenden Verpflichtungen in Höhe von rund 153 1/2 Millionen stehen in Kassa, Wechseln, Guthaben bei Bankiers, Effekten und Hypotheken 115 1/2 Millionen gegenüber, außerdem beziffern sich die Debitoren auf 136 680 780 M. Im vorigen Jahre betragen die Debitoren 161 697 840 M. Die Bank hat mithin, dem Beispiel der übrigen folgend, den gewährten Credit erheblich eingeschränkt.

Die Leipziger Kredit- und Sparbank, die durch die leichtfertige Verleihung von Grundkrediten über ihren eigentlichen Wert zum Ruin getrieben wurde, hat in der Generalversammlung einstimmig die Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 5:3 genehmigt, unter Zugablung von 30 Proz., eventuell soll die Ausgabe neuer Aktien, falls die Zugablungen nicht das Kapital bis zur Höhe von 10 Mill. Mark ergänzen, erfolgen.

Allgemeine deutsche Kleinbahn-Gesellschaft. Die Schutzvereinigung der Obligationäre, die unter der Protection einiger Großbanken gebildet ist, hatte gestern eine Versammlung der Interessenten einberufen, die von ungefähr 100 Personen besucht war, die 18 Millionen Kapital vertreten. Die Leitung lag wieder in den Händen des Herrn Justizrats Kempner, der in sehr geschickter Weise die Schutzvereinigung gegen die Angriffe in der Presse zu verteidigen suchte. Der Vereinigung sind von 86 337 000 M. Obligationen 31 916 800 M. beigetragen, so daß der Rest der Vereinigung erreicht ist und eine beschlußfähige Vertretung zusammenkommt, in der nun allerdings die einzelnen Obligationäre nicht zu sagen haben, sondern die Leiter des Schutzverbandes, das heißt die Vertretung der Banken. Herr Justizrat Kempner versicherte, daß die Banken, die hinter der Schutzvereinigung stehen, bisher nur Kosten zu übernehmen hatten. So müßten sie 6 1/2 Millionen Mark der Schließlichen Kleinbahn-Gesellschaft zu 94 1/2 Proz. übernehmen, während der Vereinigung nur 80 Proz. betragen habe. Außerdem habe das Konsortium das Risiko für die an die Schließliche Kleinbahn-Gesellschaft gemachten erheblichen Voranschläge zu tragen. Durch das Abkommen mit dem Konsortium wurde die Gesellschaft 2 500 000 M. Schulden an das Konsortium los, sie erhielt 300 000 M. in Baar und erreichte, daß die in ihrem Besitz befindlichen 12 Millionen Mark Schließlicher Kleinbahnaktien vor vollkommener Entwertung bewahrt wurden. Das Konsortium habe bei dieser Transaktion einen Mindestverlust von 970 000 M. gehabt.

Diesen Verlust werden die Banken sicherlich nur tragen in der Voraussetzung, später reichlich einzupreisen. Der Opposition, die sich gegen eine zu große Verdrängung der Aktionäre wandte, wurde mit dem Konsortium gedroht, und so ging der Modus, der, wie wir bereits bekanntgegeben haben, den Obligationären eine procentuale Alkzung des Kapitals auferlegt, von dem dann wieder ein Teil zu Aktien umgewandelt wird, mit großer Majorität durch. — Die Versammlung der Aktionäre war nicht beschlußfähig.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Kleber und Bauhandwerker! Die Dauten Gedenkstraße 7 (Unternehmer Herrndberg, Kopenstr. 15), Gabelsbergerstraße 6 (Unternehmer Schreiber, Dragonerstraße), Witzdorf, Welterstr. 198 und Götterstraße und Leinwandstraße-Ecke (Unternehmer Schöpfl, Wenzelsstr. 44a), Plegendorferstr. 68 (Unternehmer Schöpe, Wenzelsstr. 64), Postenstr. 72 (Unternehmer Gronau, Wenzelsbergerstr. 8), Kopenhagenstr. 7 und Götterstr. 28 (Unternehmer Otto, Wenzelsbergerstr.) und Hochstädterstraße 38 (Unternehmer Lehmann) sind wegen Nichtigklärung der Tarifpreise gesperrt.

Die Sperrn über die Dauten Regensburgerstr. 20 (Unternehmer Jander, Charlottenburg, Spreestraße), Regensburgerstr. 32 (Unternehmer Schmalian, Neue Winterfeldstraße), und Woystraße, Ecke Neue Wandsbakerstraße (Unternehmer Witte, Dörfelstr. 11) dauern unverändert fort.

Bemüht haben noch die Firmen Weitz, Grenzlauner Allee 8, H. Reumann, Charlottenburg, Wilmesdorferstr. 42, Fern. Heyn, Hagenauerstr. 10, und F. Schiebl, Wilsdorfstr. 88. Die Lohnkommission der Kleber Berlins und Umgegend.
Bureau: Schützenstr. 18/19, Amt I 1902.

Achtung, Metallarbeiter! Die Kollegen der Firma „Industria“ (Zuß. Oppenheim u. Seligmann) haben die Arbeit niedergelegt. Wir ersuchen die Klempner, Drücker und Schleifer, den genannten Betrieb bis auf weiteres zu meiden. Es dürfte noch allgemein bekannt sein, daß in diesem Betrieb vor 1/4 Jahren ebenfalls ein Streik ausbrach, der verloren ging, weil sich zu viel Arbeitswillige fanden und diese selben Arbeitswilligen sich jetzt gezwungen, wegen der fortwährenden Abzüge und unbilligen Behandlung ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Daraus ist wohl zur Genüge zu ersehen, daß niemand etwas verliert, wenn er diesen Betrieb meidet. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Ausperrung der Textilarbeiter in Oetz ist ganz un- plöglich beendet. Die Fabrikanten veröffentlichten in den bürgerlichen Blättern eine Erklärung, wonach sie am Mittwoch die Webereien wieder öffnen wollten. In den Webereien sollte ein neuer Minimal- tarif Geltung erhalten, wobei jedoch in den Fällen, wo bereits höhere Löhne vorgeesehen sind als in dem neuen Tarif, diese in Geltung bleiben sollten. Ueberflüssigerweise drohten die Fabrikanten mit weiteren Ausperrungen in den neu angelegten Betrieben, wenn der Ausstand nicht bis Sonnabend für beendet erklärt würde. — Daß diese Drohung auf die Beschäfte der Arbeiter ohne Einfluß sein würde, bewies die Haltung derselben. Obgleich die Fabrikanten Voten in alle benachbarten Dörfer entsandten, um die dort wohnenden Arbeiter von der Anschaffung der Fabriken in Kenntnis zu setzen, erschienen nur sehr wenige derselben an der Arbeit; in Massen aber fanden sie sich in der vom Streikkomitee einberufenen Versammlung ein. Die Versammlung beschloß, die Arbeit am Freitag früh 8 Uhr wieder aufzunehmen. Öffentlich finden nun auch die Differenzen bei der Firma Albert recht bald ihre Erledigung, die bekanntlich die Ursache zur Ausperrung bildeten.

Mit den Schneidern in München hat sich der dortige christliche Schneiderverband solidarisch erklärt. — Ueber die Anzahl der Ausgesperrten variieren die Mitteilungen; die von den Unternehmern inspirierte bürgerliche Presse giebt dieselbe höher an als die Organisation der Schneider.

Ausland.

Die Bäckerausperrung in Göteborg dauert unverändert fort. Der Polizeichef der Stadt sucht eine Einigung zwischen den Parteien herbeizuführen; seine Bemühungen sind aber bis jetzt an der Hartnäckigkeit der Meister gescheitert. „Die Arbeiterzeitung“ schreibt „Sozialdemokraten“, wollen es haben wie in Deutschland. Dort haben die Meister alles und die Arbeiter nichts zu sagen. Aber die Arbeiter müssen verhindern, daß es Pragis wird, daß die Arbeitgeber bei etwaigen Konflikten ihre schwedischen Arbeiter verabschieden und ausländische importieren.“ — Falls die Streikbrecher nicht bald entlassen werden, werden die Bäcker in Stockholm die Arbeit niederlegen. Wie behauptet wird, ist die Centralleitung der Meisterorganisation, die sich in Stockholm befindet, an dem Import der deutschen Bäcker in Göteborg schuld.

In Neapel sind 2000 Eisenbahner in den Streik eingetreten, sie wollen den von ihrem Komitee in Rom verlangten Aufschub von 10 Tagen nicht abwarten. Da die aber nur den kleinsten Teil des Personals ausmachen, ist der Betrieb gesichert.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Robert Owen, den berühmten englischen Sozialisten, sprach Fräulein Helene Simon im Verein Berliner Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Nicht nur die großen Verdienste Owens um die Arbeiter Englands, auch seine festliche Persönlichkeit selbst muß lebhafteste Teilnahme erwecken.

Wie er, als Sohn eines kleinen Handwerkers in einem Landstädtchen aus eigener Kraft und Thätigkeit mit 18 Jahren Direktor einer großen Spinnerei geworden, wie er in dieser Stellung, in der seine ungewöhnlichen Leistungen ihm Achtung und Ansehen in Fülle gebracht, die Fabrik in Neu-Lanark als Mitbesitzer übernahm, das ist interessant genug; weit mehr aber fesselt seine Thätigkeit auf dem neuen Schauplatz. Seine 1800 Arbeiterfamilien, stumpf und halb vertort durch übermäßige Arbeit und Trunksucht, rettete er aus ihrem Elend durch Errichtung eines Konsumvereins, welcher sie von der Abhängigkeit dem Wirt und Kaufmann gegenüber befreite und ihnen bessere Waren für ein Viertel des Preises bot. Die Kinder, welche dem allgemeinen Gebrauch gemäß von dem Armenhause auf diese Fabrik wie an andre vermiethet und stets aufs unbarberzigste ausgebeutet wurden — in Neu-Lanark waren es 4—500, erziehen eine noch nicht dagewesene Verbesserung ihres Loses. Für die 2000 Kinder seines Reiches gründete er eine Schule, welche die Kleinen schon mit zwei Jahren aufnahm und für 3 M. jährlich ganz verpflegte. Und wie haben Kinder es besser gehabt als in dieser Schule. Neu-Lanark war berühmt weit über Englands Grenzen hinaus durch seine Musteranstalten und seinen blühenden Zustand.

Aber die Abstellung der schlimmsten Mißstände genügte Owen nicht. Ihn verlangte es nach einer neuen Gesellschaftsordnung ohne Herr und Diener, ohne Kapital und Hinen; nach einem gleichberechtigten Volke, das sich in Arbeit und Ruhe frei und glücklich entwickle. Ihn stand fest, daß der Mensch von Natur gut sei, seine Laster nur von den falschen Lebensumständen herrührten; in guten und natürlichen Verhältnissen würden alle gut und natürlich sein. Daß er deshalb auch folgerichtig den Glauben an den gottlosen Gott der Kirche aufgab, zog ihm die Feindschaft der Konservativen zu, sein Kampf gegen das Kapital den Haß der Liberalen Bürger Englands. So wendete er sich nach dem jungen Lande Amerika, erwarb dort ein großes Stück Land — dreißigtausend Morgen, und gründete hier sein sozialistisches Reich der Liebe und Gerechtigkeit. Das Wirklingen des Unternehmens und auch eines zweiten in Texas, durch die Streitsucht, Habgier und andre Laster der herbeigeeilten Teilnehmer raubte ihm nicht den Glauben an die Menschheit. „Soll ich meinen Brüdern zürnen, weil sie in Unwissenheit aufgewachsen sind,“ sagte er — und gab den Kolonisten vor seiner Abreise noch eine Summe Geldes zur Errichtung von Schulen.

Nach England zurückgekehrt, wirkte er eifrig für seine Ideen in Wort und Schrift und ließ sich durch keinen Mißerfolg in seiner Neberzeugung wanken machen. Dabei verkannte er keine Gelegenheit, für Reformen einzutreten. Schon lange forderte er gesetzlichen Kinderzuschuß, wie er ihn in Neu-Lanark längst eingeführt. Aber das Parlament bewilligte wenig, und das nur mit großer Not. Rein kind unter 10 Jahren durfte in der Fabrik beschäftigt werden; kein unter 18 Jahren länger als 10 Stunden. So sehen wir in Owen den Vater der Arbeiterschutz-Gesetze, die später angebahnt, noch lange nicht vollkommen genug, ihren ersten Anfang ihm verdanken. Auch das Genossenschaftswesen hat er mehr als andre gefördert; eine Zeilung mit der vergeblichen Hoffnung, daß hier ein Fonds angehäuft werde zur Verwirklichung seiner sozialistischen Träume. Aber seine Bemühungen erhöhten jedenfalls die Lebenshaltung der Arbeiter und imgemein wertvoll war die Erfahrung, daß auch große Unternehmungen sehr gut gedeihen können ohne — Unternehmern, in der Hand der Arbeiter.

Als er in der Fülle der Jahre 1858 starb, da endete ein Leben, erfüllt von glühendem Wahrheitsdrange, von reiner Menschlichkeit,

von selbstlosen Bestrebungen, unterstützt durch seltene Geistesgaben und ungewöhnlichen Scharfsinn. Seine großen Erfolge waren wohlverdient, seine Mißerfolge wurzelten in der Uebersehung der Menschen, die seinem Edelstamm zur Ehre gereicht; den Idealen seiner Jugend war der 85-jährige Greis treu geblieben. Friedrich Engels nannte ihn einen bis zum Erhabenen menschlichen Charakter, der wie wenige es verdient, zu den Besten der Menschheit gerechnet zu werden.

Zur Diskussion nahm Herr Wink die Gelegenheit wahr, die Arbeiterinnen auf den Wert der Konsumvereine hinzuweisen, besonders für die Hausfrau, welche keine Opfer zu bringen hat, nur Vorteil durch den Einkauf in den Läden des Konsumvereins gewinnt. Es ist zu hoffen, daß die Mahnung bei vielen, die noch bisher mit dem Beirath zögerten, auf fruchtbareren Boden fiel.

Die Vorsitzende stellte noch mit, daß in der nächsten Versammlung, am 17. März, Dr. Roskowski über „die Ernährung des gefunden und des kranken Menschen“ sprechen wird.

Sociales.

Die Schutzhilfsgebung für die Seelente in Schweden, die schon seit längerer Zeit von den fortschrittlich gestimmten Elementen im Reichstag angestrebt wird, ist jetzt wiederum gescheitert. Der Gesetzentwurf des Reichstags hatte einen Kompromißvorschlag hierzu ausgearbeitet, dabei aber die in der ersten Kammer herrschenden Anschauungen und die Interessen der Reeder so hart berücksichtigt, daß das Gesetz vom Standpunkt des wirklichen Seemannschutzes als vollkommen verpufft erscheinen mußte. Die Haupt-Schutzbestimmungen festzustellen, das wollte der Ausschuss der Regierung überlassen. Die erste Kammer nahm dann auch den Kompromißvorschlag ohne lange Debatte an. In der zweiten Kammer treten zwar einige Abgeordnete dafür ein, daß man nehmen solle, was man unter den nun mal bestehenden Machtverhältnissen erlangen könne, andre aber traten für entschiedene Ablehnung des Vorschlags ein und H. Branting erklärte, daß man mit der Annahme der Vorlage nur den Interessen der Reeder diene, indem man dadurch die große Frage der Schutzhilfsgebung für die Seelente für lange Zeit aus der Welt schaffen würde. Mit der geringen Mehrheit von 95 gegen 93 Stimmen wurde die Vorlage verworfen.

Minimallöhne in Victoria. Die Lohnämter der Kolonie Victoria in Australien haben kürzlich folgende Minimallöhne und Arbeitszeiten festgesetzt:

Löhner	36-40 Sh.	48 Stunden wöchentlich
Buchdrucker	50-52	48
Maschinenleger	68	42
Buchbinder	82	48
Fleischer	45	52

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 6. März 1902, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird nach 5 1/2 Uhr vom Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet.

Als erster Gegenstand steht auf der Tagesordnung der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsunterrichts für die männlichen Arbeiter unter 18 Jahren.

Die Versammlung beschließt die Verlegung des Gegenstandes bis nach Erledigung des Etats.

Ueber die Petition der Fleischbeschauer und Fleischbeschauerinnen zu Berlin um Gewährung eines festen Einkommens und Anerkennung ihrer Beamteneigenschaft berichtet namens des Petitionsausschusses Stadtv. Dr. Preuß. Nach dem mit 7 gegen 5 Stimmen gefassten Ausschlußbeschluss soll der erste Teil der Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen, über den zweiten Teil dagegen zur Tagesordnung übergegangen werden.

Die Versammlung geht, nachdem Dr. Freudenberg (Soz.) für den Ausschlußantrag eingetreten ist, über beide Teile zur Tagesordnung über.

Die speciellen Entwürfe zu dem Verwaltungsgebäude, dem offenen Hause für Frauen und zwei

Aufnahmegehäusen der Irrenanstalt in Buch und die mit 608 000, 445 000 und 772 000 M. abschließenden Kostenschätzungen empfiehlt der betr. Ausschuss zur Genehmigung; gleichzeitig soll aber die Versammlung den Magistrat ersuchen:

1. Bei Ausführung der noch nicht speziell genehmigten Bauten der Anstalt durch thunlichste Vereinfachung der Gestaltung der Fassade auf Ersparnisse hinzuwirken.
2. die Fertigstellung der Anstalt nach Möglichkeit zu beschleunigen.

Referent ist Stadtv. Louis Sachs.

Stadtv. Borgmann (Soz.): Wir führen in dem kleinen Orte Buch Bauten aus, welche 10-12 Millionen kosten. So große Bauten können nur errichtet werden, wenn von außerhalb Bauarbeiter herangezogen werden. Die meisten Arbeiter müssen in Berlin wohnen, weil in Buch keine Wohnmöglichkeit ist. Die ausgeführten Bauten haben zu Differenzen geführt, weil die Verwaltung nichts getan hat, um die glatte Fortführung zu ermöglichen. Die Unternehmer haben die Arbeitszeit von 6-8 Uhr festgesetzt. Der erste Zug von Berlin ist schon um 5 Uhr 5 Min. in Buch, die Arbeiter müssen sich fast eine Stunde herumtreiben, ehe sie die Arbeit beginnen können. Abends 6 Uhr geht der Zug schon um 6.15 weg, so daß die Arbeiter im Sturmschritt nach dem Bahnhof laufen müssen und den Zug doch vielfach nicht mehr erreichen, und erst 7 1/2 fortkommen. Dabei sind die Leute zum Teil seit früh 4 Uhr auf den Weinen! Die Berliner Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Bauhandwerk werden da draußen nicht innegehalten. Das ist auch ein Grund zu Differenzen und Streitigkeiten gewesen. Ich habe mit dem Kollegen Bruns zusammen wiederholt bei der Bauverwaltung Vorstellungen erhoben, um diese Differenzen aus der Welt zu schaffen. Der Oberbürgermeister hat bei der Arbeiterlosen-Debatte gesagt, die Streiks seien das Haupthindernis der Bauten in Buch gewesen. Wenn die Verwaltung von den Dingen Kenntnis hatte, so mußte sie doch vor allem für den glatten Transport der Arbeitskräfte sorgen, wie dies für die Baumaterialien geschehen ist. Innerhalb des Baugesetzes ist durch die Lohnvereinbarung ein ruhigeres, stabileres Verhältnis herbeigeführt worden. Die „Soziale Praxis“ berichtet aus Straßburg, daß der dortige Magistrat generell in diesem Sinne verfährt hat. Wir brauchen doch die Irrenanstalt in Buch sehr dringend; schaffen Sie also die dortigen Differenzen aus der Welt! Ich beantrage: Den Magistrat zu ersuchen, bei Vergebung der Reudauten in die Submissionsverträge die Bestimmung aufzunehmen, daß die von den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten werden.

Stadtv. Namslau: Der Arbeitsplan der Verwaltung ist vollkommen innegehalten worden. Herr Borgmann wünscht, daß wir uns zwischen die Unternehmer und die Arbeiter stellen. Solche Anregungen hat die Versammlung bisher immer abgelehnt. So lange wir nicht in eigener Regie bauen, wollen wir auch keine Vereinbarungen treffen, welche sich für eine oder die andre der beiden Parteien anspricht, wie es auch bei der Streiklausel geschehen ist. Die vorgekommenen Streiks sind aus ganz anderen Ursachen entstanden, sie wurden verursacht durch unaufrichtige neue und höhere Lohnansprüche. Wir haben uns auch da nicht eingemischt; wie haben uns aber nicht enthalten können, die Anforderungen an den Unternehmer einer Prüfung zu unterziehen. Er hat wiederholt die gewünschten Zulagen gegeben und erst als die Sache zu toll wurde, hat er den Streik über sich ergehen lassen. Die Streikträger hatten es bereits auf einen Tagesverdienst von 11 M. gebracht, und auch das war ihnen noch nicht genug. (Hört! hört!) Mit dem Antrage geraten wir auf eine Bahn, deren Ende wir nicht absehen können; davor möchte ich dringend warnen. (Beifall.)

Stadtv. Carl Goldschmidt (N.L.): Der Antrag ist um deswillen nicht schlechter, weil er schon einmal abgelehnt worden ist. Ich halte ihn auch heute noch für durchaus angebracht zur Vermeidung von Streiks. Die vereinbarten Bedingungen binden ja auch die Arbeiter (lebhafte Widerspruch), dafür hat dann die Arbeiterorganisation zu sorgen. Solche Vereinbarungen sind ja glücklicherweise in den einzelnen Branchen mehr und mehr zur Durchführung gelangt. Warum sollen wir diese sehr vernünftigen, auf einem Friedensvertrag beruhenden Bestimmungen nicht gutheißen? Es haben doch schon Staatsbehörden den im Buchdruckerzweig niedergelegten Arbeitsvertrag als maßgebend anerkannt. Setzen Sie wenigstens einen Ausschuss zur gründlichen Prüfung dieser Frage ein.

Stadtv. Borgmann: Der Stadtrat hat meinen Antrag nicht verstanden und kennt die Entwicklung der Dinge nicht. Für die Maurer ist durch die Verträge ein Stundenlohn von 85 Pf. festgesetzt; in Buch bekommen sie nur 55 Pf. (Widerspruch); später wurden 57 1/2 Pf. gezahlt, vom 1. April ab sollen 60 Pf. gezahlt werden. Das sind immer noch 5 Pf. weniger als nach den Abmachungen der Organisationen. Die dortigen Arbeiter müssen mehr Geld und Zeit aufwenden, um nach der Arbeitsstätte zu gelangen als die Berliner. Die städtischen Baubeamten bekommen einen außerordentlichen Zuschlag für die Tätigkeit außerhalb Berlins; wenn diese den Anspruch erheben, dann sollte man doch auch die Arbeiter nicht schlechter als die Berliner entlohnen. Die Arbeitnehmer-Organisation wird die Vertragstreue ebenso gut halten wie die Unternehmer, vielleicht besser. (Beifall.)

Stadtv. Namslau: Es existiert in Berlin dasjenige, was Herr Borgmann meint, städtischer Leinewege; wenn es privatim für Berlin zwischen Unternehmern und Arbeitern gilt, so ist das ja sehr erfreulich, aber hat nichts gemein mit der Keuerung, daß wir dergleichen in unsrer städtischen Verträge mit den Unternehmern hineinschreiben sollen. Wir geben unsern Berliner Baubeamten eine Zulage, wenn wir sie nach Buch schicken; da müssen wir ihnen die Auslagen vergüten. Die Arbeiter, die von Berlin nach Buch gehen, thun das ja freiwillig. (Zul und Unruhe.) In Buch haben die Unternehmer zuerst mit ländlichen Arbeitern gerechnet. Der Einzelne mag ja der Kost geschonend hinausgehen, aber es bleibt deswegen eine Freiwilligkeit, die nicht verglichen werden kann damit, daß von uns die Beamten hinausgeschickt werden. Wir haben ja mit den Arbeitern direkt gar nichts zu thun. (Zwischenruf: Ist das eine Rücksichtslosigkeit!) In der Arbeiterorganisation stehen wir einem sehr mächtigen Faktor gegenüber und die Arbeiter kommen dabei nicht zu kurz. Wir aber haben es nur mit den Unternehmern zu thun und erinnern sie sehr stark an ihre Pflicht.

Der Ausschlußantrag wird angenommen, der Antrag Borgmann abgelehnt.

Nach nochmaliger Beratung und nach Kenntnisnahme von dem Gutachten des Professors Proslauer hat der betreffende Ausschuss einstimmig beschlossen, dem vorgelegten Vorworts zum Neubau eines Amtes für die Untersuchung von Nahrungs- und Genussmitteln sowie Gebrauchsgegenständen in der Fischerstraße 30/42 zuzustimmen. Referent ist Stadtv. Prof. Landau.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Die neue Bekleidungsordnung für den Bereich der Waisenverwaltung ist von dem wiederbelegten Sonderausschuss unverändert angenommen und auch die teilweise Erhöhung der Kostgebülage nach den Magistratsvorschlägen beschlossen worden.

Stadtv. Tollsdorf (Soz.) beantragt, die höheren Sätze, welche die Waisenverwaltung ursprünglich verlangt hatte, welche aber der Magistrat herabgesetzt hat, zu beschließen, nämlich das monatliche Kostgeld für die Kinder vom zweiten Lebensjahre ab mit 18 statt 15 M., ferner das Kostgeld für die außerhalb verpflegten Kinder vom 6. bis 14. Lebensjahre mit 9 statt 7,50 M. und für die Mädchen in Berlin und Vororten mit 10,50 statt 9 M.

Die Vorlage wird unverändert genehmigt.

Mit 8 gegen 6 Stimmen hat der für die

Vermiengung der Viehhof-Restoration eingeleitete Ausschuss abermals die Vergebung an Herrn Lücke zu n. für 57 000 M. empfohlen.

Es ist die Veranlassung eines neuen Ausschreibens und namentliche Abstimmung über diesen Antrag beantragt.

Referent Stadtv. Runge bemerkt, daß die Kauttionen bereits zurückgezahlt worden sind, bevor die Versammlung sich schließig gemacht habe. (Hört! hört!)

Stadtv. Fasquel (N.L.): Wir haben den Antrag auf neue Ausschreibung gestellt, weil in der Sache an irgend einer Stelle Unregelmäßigkeiten vorgekommen sein müssen. Am 11. Dezember wurden die Offerten geöffnet, und schon am 13. ist vom Kuratorium des Schlacht- und Viehhofes die Zurückzahlung der Kauttionen angeordnet worden! (Beifall.)

Stadtv. Hübner: Die Verfügung ist von dem Bureauvorsteher erlassen, ohne daß dem Kuratorium Anzeige gemacht wäre. Wir haben nichts davon gewußt. (Große Bewegung.) Der Name hat sich mit seiner großen Ueberbärdung und damit, daß er an Schreibwerk sparen wollte, entschuldigt. (Große Heiterkeit und Aufse: Ist das alles?)

Stadtv. Wamlich (Soz.): Wir haben Herrn Lücke nicht empfohlen, sondern bloß erklärt, wir hätten nichts gegen ihn, wenn er der Meistbietende gewesen wäre. Die heutigen Erklärungen des Magistratsvertritters schlagen denn doch den Boden aus. (Zustimmung.) Im Ausschuss hat der Herr Stadtrat sein Wort sagen können. Der bisherige Bewirtschafteter hat am 4. Oktober das Kuratorium ersucht, ihm die Wirtschaft auf weitere 3 Jahre zu übertragen. Am 19. November ist ihm eröffnet, daß das nicht ohne weiteres ginge, daß ausgeschrieben werden müsse. Immerhin scheint sich soviel zu ergeben, daß man den Mann hat hinausbringen wollen. Am 11. Dezember hat das Kuratorium den Lücke gewählt; am 13. der Magistrat zugestimmt; die Vorlage an uns datiert vom 28. Dezember. In der Zwischenzeit hat man die Kauttionen zurückgegeben, und die Verwaltung weiß nichts davon! Woher diese außerordentliche Eile? Wie die Dinge jetzt liegen, kann die Versammlung gar nicht mehr den Ausschlußantrag annehmen. Die Höherbietenden mußten doch durch die Rückgabe der Kauttionen in den Glauben versetzt werden, sie seien ausgesfallen. (Sehr richtig!)

Stadtv. Rühndrich (N.L.): Die Ausschreibung, das steht jetzt fest, ist nicht ordnungsmäßig vor sich gegangen. Im Ausschuss hat der Stadtrat mir gesagt, es sei ja gar nicht denkbar, daß so etwas wie die Rückgabe geschehen könne — und jetzt ist es als Thatsache erwiesen! Geht der so sehr protegierte Herr aus der neuen Ausschreibung wiederum hervor, dann gut!

Oberbürgermeister Kirchner: Der Beschluß des Bureauvorstehers wird seine Remeur finden. Aber auf die Auswahl unter den Bewerber hat die Sache doch keinen Einfluß! (Große Unruhe, Widerspruch und Zustimmung.)

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wenn der Oberbürgermeister recht hätte, hätte eine neue Ausschreibung seinen Zweck. In der letzten Ausschreibung wurde über die Frage der Rückgabe der Kauttionen gar keine Diskussion zugelassen. Wann hat denn das Kuratorium seine Recherchen eingezogen, wenn schon zwei Tage nach der Eröffnung der Offerten die Rückzahlung verfügt wurde? Es ist noch viel Dankes in dieser Sache. Jetzt dürfte man leicht den Bureauvorsteher als Prügelknaben ansehen. (Sehr richtig!) Wie kam man solche Stimmen von Kauttionen einfach dem Bureauvorsteher auf dem Viehhof lassen? Etwas Wertwärdiges ist es auch, daß der Bureauvorsteher sagte, es sei ihm das vom Rathaus gleich telephoniert worden. Sie meinte man in die Sache hinein sieht, desto verzwickter wird sie. Wenn die Rückzahlung vor unserm Beschluß erfolgen konnte, dann sind wir hier bloß noch Automaten und Statisten und das Viehhofskuratorium entscheidet. Ueber die Selbstverwaltung hat uns der Herr Oberbürgermeister kürzlich eine schöne Rede gehalten; hier wäre eine solche Rede am Platze! Der jetzige Pächter wird gern solange bleiben, bis ein neuer Pächter ge-

funden ist. Herr Lücke sieht noch heute in Unterhandlung wegen des großen Lokals am Oraniensee. Er hat bereits am 9. Dezember erklärt: Und wenn sie sich alle die Köpfe einrennen, ich bekomme den Viehhof doch! Ich glaube, es sind sogar schon Weißbierleuten mit Firma angefertigt. (Große Heiterkeit.) Es muß hier gezeigt werden, daß die Stadt nicht den Vorwurf der Betrügnerei auf sich sitzen lassen wird. (Beifall; Auf: Panama!)

Stadtv. Hübner: Das Kuratorium hat keinen Beschluß wegen der Rückzahlung gefaßt. Wer telephoniert haben sollte, möchte ich nicht. (Heiterkeit.)

Hierauf wird mit schwacher Mehrheit ein Schlußantrag angenommen.

Stadtv. Friedrich Goldschmidt (N.L.) erklärt, sich der Abstimmung enthalten zu wollen.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Fasquel einstimmig angenommen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 Uhr.

Versammlungen.

Die arbeitslosen Holzarbeiter waren seitens der Verbandsleitung am Donnerstagvormittag zu einer Versammlung nach dem Gewerkschaftshaus erschienen und so zahlreich erschienen, daß der große Saal überfüllt war. Die der Referent Straßer anführte, handelte es sich darum, den Arbeitslosen, insbesondere denen, die der Organisation nicht angehören, die Maschinen der Arbeitgeber vor Augen zu führen, welche durch obligatorische Einführung des Innungs-Nachweises und der Entlassungsscheine eine Einrichtung ins Leben gerufen haben, welche in erster Linie zur Nachregelung missliebiger Arbeiter benutzt werden wird. Der Referent wandte sich an die Versammelten mit dem Ersuchen, den Arbeitsnachweis der Innung zu meiden und alles aufzubieten, um das gegen die Arbeiter gerichtete Vorhaben der Unternehmer zu schänden zu machen. In der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung solle die Frage erörtert werden, ob zwecks wirksamer Bekämpfung des Arbeitsnachweises sämtliche Arbeitslose zu unterstützen seien. Möge es den Arbeitslosen auch schwer sein, jetzt den Arbeitsnachweis zu meiden, so müsse doch jeder Kollege in seinem eigenen Interesse an dem Kampf gegen die Maschinen der Unternehmer teilnehmen. — Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und nahm einstimmig die von der Generalversammlung des Holzarbeiter-Verbandes beschlossene Resolution an, welche jedem Kollegen die Zurückweisung des Entlassungsscheines und die Weidung des Innungs-Arbeitsnachweises zur Pflicht macht.

Der Portefeuller-Verband hielt am Dienstag, den 25. Febr., seine Mitgliederversammlung bei Graumann ab. Auf der Tagesordnung stand u. a.: die Ueabstimmung über die Statutenänderung. Der Buchbinder-Verband hatte seiner Zeit gegen die Aufnahme der Portefeuller bei der Gewerkschafts-Kommission Protest eingelegt, denselben aber später auf der Konferenz in Frankfurt am Main unter der Bedingung zurückgezogen, daß der Portefeuller-Verband das Statut dahin änderte, daß Papier-Galanterie- und Stui-Arbeiter zur Aufnahme nicht berechtigt sind, ebenso würde der Buchbinder-Verband in seinem Statut die Portefeulle- und Leder-Galanterie-Arbeiter streichen. Der Vorsitzende erwidert, die Formulare der Ueabstimmung recht schnell der Zahlkommission zu zukommen, da das Resultat schon Anfang April veröffentlicht werden soll. Der Versammlungstag wird von Dienstag auf Mittwoch verlegt. Der Vorsitzende giebt weiter bekannt, daß in der Werkstätte von Boas, Alexandrinenstraße 105, die Nachregelung eines Kollegen stattgefunden habe, weil derselbe eine Arbeit nicht für den Kreis, den der Fabrikant angelegt hatte, machen wollte. Wegen zu schlechter Konjunktur konnte in einen Streik nicht eingetreten werden. Zum Schluß wird bekanntgegeben, daß die Zahlstelle Berlin durch Ueabstimmung mit großer Majorität die Aufstellung eines Vertrags-erhebbers vom 1. April ab beschlossen habe. Derselbe soll in der nächsten Versammlung gewählt werden.

In einer Versammlung des Vereins freireligiöser Sozialisten (Anarchisten) forderte am Mittwoch der erschienene Polizeilientenant auf, die Frauen aus dem Saale zu weisen, widrigenfalls er die Versammlung auflösen würde. Trotz der Ansicht des Herrn Ministers v. Hammerstein über die Zulässigkeit der Anwesenheit von Frauen in Versammlungen politischer Vereine scheinen also untergeordnete Polizei-Organen das Recht zu einer andren Auslegung des Vereinsgesetzes nach wie vor zu haben.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 9. März, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindefschule, Kleine Frankfurterstraße 6: Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Walter Manasse: „Geben und Nehmen.“ Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Ruffels Harmonium. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Verein der Reiner. Freitagabend 8 Uhr, Versammlung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Ein bemerkenswerter Erfolg der Genossen in Bremerhaven!

Bremerhaven, 6. März. (Privat-Telegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordneten-Wahl gelang es unsren Genossen, die bisherigen drei Mandate zu behaupten und mit 531-542 sozialistischen gegen 837-853 bürgerliche Stimmen zwei neue Sitze zu gewinnen! Dadurch gelangten ein Drittel aller Mandate, nämlich alle zehn der dritten Klasse, in den Besitz der Sozialdemokratie. Vor zwei Jahren hatten wir 418-432, die Gegner 262 Stimmen. Bei der heutigen Wahl haben von 1424 Wahlberechtigten 898 ihr Wahlrecht ausgeübt.

Unterhaud.

London, 6. März. (W. T. B.) Unter Bezugnahme auf die Erklärung Englands in dem Schlußprotokoll der Zuckerkonvention, daß englischer Kolonialzucker keine Sonderbehandlung erfahren soll, fragt Lewis Maciver, ob die Regierung die Ratifizierung der Konvention, soweit die bereits erklärte, die England in betreff der von der Einfuhr aus britischen Kolonien zu erhebenden Eingangszulagen die Hände binde, in Frage komme, ablehnen wolle. Schatzkanzler Hicks Beach erwidert, nach seiner Ansicht sei, wenn der Fragesteller nicht etwa wünsche, daß, nachdem die Abschaffung der Zuckerpatrien erlangt ist, England nun plötzlich mit Bewilligung einer Prämie für britischen Kolonialzucker vorgehen solle, nichts in der Konvention, was zu dem Einspruch, den zu erheben beabsichtigt sei, Anlaß gebe. Dem Hause würden binnen kurzen hierauf bezügliche Schriftstücke zugehen.

Deputiertenkammer.

Paris, 6. März. Die Budgetberatung wird fortgesetzt. Ein Antrag auf Ankauf der Petroleum-Raffinerien durch die Uebertragung des Großverkaufs von Petroleum an den Staat wird vom Finanzminister Caillaux bekämpft. Der Minister führte aus, um das Petroleum-Monopol einzuführen, müßten etwa hundert Millionen an die Raffinerie als Entschädigung gezahlt werden, außerdem würde der Staat von den amerikanischen Erzeugnissen abhängig werden. Der Antrag wird mit 460 gegen 177 Stimmen abgelehnt.

Cholera.

Konstantinopel, 6. März. Bei einer aus Meffa in Medien eingetragenen Karawane sind vorgestern 40 und gestern 70 Todesfälle infolge von Cholera vorgekommen.

Reichstag.

150. Sitzung vom Mittwoch, den 6. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Freiherr v. Nitzschosen, Dr. Stübel, Aracite.

Die zweite Lesung des Kolonialgesetzes wird fortgesetzt beim Etat für Ostafrika, Einmalige Ausgaben.

Titel 5 verlangt als Zuschuß zu den Kosten für die Weiterführung der Telegraphenlinie Dar-es-Salaam-Mpapa nach Tabora 168 000 M. In Verbindung damit wird über den früher zurückgestellten Titel 46 des Extra-Ordinariums des Postetats beraten, der nach der Regierungsvorlage als Kostenanteil der Postverwaltung für die Herstellung dieser Telegraphenlinie Mpapa-Tabora 602 000 M. forderte.

Die Budgetkommission beantragt, den Zuschuß des Gouvernements von Ostafrika (168 000 M.) zu bewilligen, den Kostenanteil der Postverwaltung dagegen um 302 000 M. zu kürzen, mithin statt 602 000 M. als erste Rate nur 300 000 M. zu bewilligen.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Schon die Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage gebietet, diese Forderung abzulehnen, zumal bei uns in Deutschland wichtige Kulturforderungen im Hinblick auf die finanzielle Situation unerfüllt bleiben müssen. Ich verkenne nicht die Bedeutung des Ortes Tabora; wenn aber darauf hingewiesen wird, daß in Tabora 1000 Mann Schutztruppen und 15 000 Einwohner vorhanden sind, so möchte ich doch fragen, wie viele von diesen Menschen denn im Stande sein werden, die Telegraphenlinie zu benutzen. Die weiße Bevölkerung in Tabora beträgt höchstens 120 Köpfe. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, die Weiterführung der Linie nach Tabora werde nur geeignet sein, den Raskhornern und Kamelen des Telegraphieren zu ermöglichen. (Heiterkeit.) Ich beantrage die Streichung dieser Positionen, sowohl der im Kolonial- wie der im Postetat.

Staatssekretär des Reichs-Postamts Aracite: Der Zweck der Weiterführung der Linie nach Tabora ist der Anschluß dieser Telegraphenlinie an die Cap-Kairo-Telegraphenlinie. Erst dadurch wird eine sichere Verbindung dieser Teile unter ostafrikanischen Kolonien mit der Heimat gesichert, denn das Kabel Dar-es-Salaam-Ganzibar ist bekanntlich sehr häufig nicht betriebsfähig. Man muß bei so großen Entfernungen 2 Linien zur Verfügung haben, da immer damit gerechnet werden muß, daß eine derselben gestört ist. Ich will nicht behaupten, daß wir für alle unsere Kolonien Telegraphenlinien anlegen brauchen, ich bitte aber dringend, in diesem Fall für den Etatposten zu stimmen.

Abg. Frese (fr. Sp.) bittet, dem Kommissionsbeschuß beizutreten.

Abg. Dabach (C.) tritt für Ablehnung beider Positionen ein. Wenn wir in diesem Tempo mit dem Geldausgeben fortfahren werden, wird die Schuldenlast des Reiches, die jetzt schon 2 440 000 000 M. beträgt, bald auf 3 Milliarden angewachsen sein.

Staatssekretär des Reichs-Postamts Aracite: Die Befürchtung, daß für diese Linie riesige Betriebskosten aufzuwenden wären, trifft nicht zu. Das Beamtenmaterial ist schon vorhanden, es bestehen längs der Strecke Postagenturen, deren Beamte den Telegraphendienst versehen werden.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Beim Ausbruch von Unruhen wird ein rasches militärisches Eingreifen sehr erleichtert, wenn eine telegraphische Verbindung besteht. Neben dem Bau von Eisenbahnen sind Telegraphenlinien das wichtigste Mittel zur Unterstützung der militärischen Operationen; sie sind unter Umständen sogar ein Mittel, um die Schutztruppen zu vermindern. Je mehr Telegraphenlinien wir im Lande haben, mit desto geringeren Mitteln können wir die Ruhe im Lande erhalten. Auch erfordert der common sense einen Anschluß an die englische Telegraphenlinie vom Kap nach Kairo.

Damit schließt die Debatte. Bei der Position des Post-Etats wird die Regierungsvorlage einstimmig abgelehnt, der Kommissionsantrag dagegen angenommen. Ebenso wird die Position des Kolonial-Etats entsprechend dem Kommissionsbeschuß angenommen.

Der Rest des Etats für Ostafrika wird ohne Debatte bewilligt. Es folgt der Etat für Kamerun.

Abg. Schrempf (L.): Die Eingeborenen Kameruns führen berechtigten Klage darüber, daß die ihnen zugestandenen Land-Reservate nicht respektiert werden. Ihre Rechte werden durch die ausgedehnten Konzessionen an europäische Plantagenbesitzer vielfach beeinträchtigt. In meiner Befriedigung will ein Erfolg des Gouvernements diesen Lebensständen Abhilfe schaffen, indem er das mit Hütten von Eingeborenen besetzte Land der Verfügung der Plantagenbesitzer entzieht. Die Behandlung, die weiße und schwarze Arbeiter auf den Plantagen erfahren, ist oft eine sehr grausame. Einem Schwarzen wurden die Hände mit Spiritus begossen und dann der Spiritus angezündet. Ich bitte die Kolonialverwaltung, gegen solche Grausamkeiten auf das Schärfste einzuschreiten. Wenn solche Mißhandlungen vorkommen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Tätigkeit der Missionare so wenig Erfolg hat. Scharf zu verurteilen ist die Einführung von Spirituosen nach Kamerun, für die Schwarzen ist der Schnaps das reine Gift. Der überwiegende Teil der Steuererlöse, die insgesamt 68 000 M. ausmachen, entfällt mit 30 000 M. auf die Spirituosenabgaben. Wegen meiner im vorigen Jahre erhobenen Beschwerden über Mißhandlungen in Kamerun bin ich von einer Privatgesellschaft, der westafrikanischen Plantagenbesitzer „Victoria“, scharf angegriffen worden. Ich muß diese Angriffe durchaus zurückweisen. Es ist meine Pflicht, als Reichstags-Abgeordneter jene von mir damals erwähnten Unmenslichkeiten zur Sprache zu bringen.

Abg. Prinz Auenberg (C.): Gegenüber einer Äußerung des Abg. Dabach, wonach die Missionare nur als Zugmittel zu kolonialen Geldebewilligungen seitens der Kolonialverwaltung benutzt würden, fühle ich mich im Interesse der Wahrheit und Gerechtigkeit verpflichtet, nach meiner genauen Kenntnis der Verhältnisse offen auszusprechen, daß die Missionare seitens der Kolonialverwaltung stets mit dem größten Entgegenkommen behandelt worden sind und immer eine wohlwollende Berücksichtigung ihrer Ansprüche gefunden haben. Die Missionare erkennen es auch dankbar an. Ihr Verhältnis zur Kolonialverwaltung ist das allerbeste.

Abg. Dr. Haffe (natl.) spricht den Wunsch aus, daß die kameruner Schutztruppe mehr und mehr in eine Polizeitruppe verwandelt werde, die dem Civilgouverneur unterstehe und den Erwerb- und Civilverhältnissen der Bewohner Rechnung trage. Heute sähle sich die Schutztruppe ein wenig als eine kleine Armee, die nur auf Kriegsabenteuer gehen müsse.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Die vorjährigen Anregungen des Abg. Schrempf waren nicht ohne Nutzen. Ich hätte aber wohl auch ohne seine Anregungen das Erforderliche veranlaßt. Die Kolonialverwaltung ist bestrebt, den Eingeborenen die genügende Bewegungsfreiheit zu sichern und beiden Interessentengruppen, den Eingeborenen sowohl wie den Plantagenbesitzern, gerecht zu werden. Die Regier dürfen nicht Fremdlinge in ihrem eignen Lande werden. Was die bedauerlichen Verfehlungen anlangt, die seitens der Angestellten von Plantagen vorgekommen sind, so ist seitens der Gerichte alles geschehen, was geschehen konnte. Es ist seitens der Gerichte aus bedeutenden Strafen erkannt worden. Diese haben auch einen heilsamen Einfluß ausgeübt, so daß sich so traurige Vorkommnisse hoffentlich nicht wiederholen werden. Auf Einzelheiten laun ich nicht eingehen.

Abg. Dabach (C.) verwahrt sich dagegen, daß er behauptet hätte, die Missionare würden von der Kolonialverwaltung schlecht behandelt.

Abg. Cahendy (C.) führt Beschwerde darüber, daß eine Missionsstation durch die Angriffe eines feindlichen Stammes bedeutend geschädigt sei. Der Schaden belaufe sich auf etwa 10 000 Fr.

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Der Gouverneur ist ersucht worden, Mittel und Wege anzugeben, wie die Missionare entschädigt werden könnten; vielleicht wird der feindliche Stamm zur Stellung von Arbeitern an die Missionare veranlaßt werden oder aber es mähle von diesem hohen Hause eine Entschädigungssumme für die Mission erbeten werden.

Abg. Ledebour (Soc.): Ich muß meinem Besonderen Ausdruck geben über die Art, in der der Kolonialdirektor ein Eingehen auf die Mißhandlungen abgelehnt hat. Ein Regier soll in der gränztlosen Weise gepfählt worden sein. Einem andren wurden, worauf schon Herr Schrempf hinwies, die Hände mit Spiritus begossen und darauf angezündet. Der Kolonialdirektor hat zugegeben, daß Mißhandlungen vorgekommen sind, dann aber erklärt, Zeitungsnachrichten seien übertrieben; damit aber können wir uns doch unmöglich zufrieden geben. Wenn der Kolonialdirektor etwas über diese Mißhandlungen weiß, ist es seine Pflicht, uns darüber Auskunft zu geben; ich stelle deshalb an ihn die bestimmte Frage: Ist es richtig, daß ein Regier gepfählt worden ist. Wie steht es mit dem andren erwähnten Fall? Herr Schrempf hat durchaus recht, wenn er sich gegen die Vorwürfe der Kolonial-interessenten verwahrt, die ihm seine vorjährigen Äußerungen im Reichstag verbat haben. Abg. Webel hat ja früher wiederholt ganz ähnliche Ausführungen machen müssen, dabei allerdings gerade bei den Freunden des Abg. Schrempf lebhaften Widerspruch gefunden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stübel: Ich habe Herrn Schrempf nicht so verstanden, als ob er von mir eine Aufklärung über alle Einzelheiten der begangenen Straftaten verlangte. Das Haus hat doch auch ein gewisses Interesse daran, daß vielleicht eine gewisse Rücksicht in der Richtung geübt wird, daß nicht jede unmensliche Behandlung eines Menschen, die in Kamerun vorkommt, hier in den Einzelheiten zur Sprache gebracht wird. Ich will aber auf die direkte Anfrage des Abg. Ledebour die Sache gern genauer mitteilen. Es ist ein Kaufmann wegen schwerer Körperverletzung und Freiheitsberaubung in erster Instanz zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt worden. Dies wurde in zweiter Instanz in eine Gefängnisstrafe von einem Jahr unter Anrechnung der Untersuchungshaft umgewandelt. In einem zweiten Falle wurde am 4. November 1901 ein Kaufmann wegen Körperverletzung, Freiheitsberaubung und räuberischer Erpressung mit einer Gefängnisstrafe von fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Aus den mir vorliegenden Erkenntnissen des Gerichts ersieht die Behauptung, daß einer der Verurteilten sich der Pfählung eines Regiers schuldig gemacht habe, nicht begründet, hier handelt es sich um eine Liebertreibung.

Abg. Schrempf (L.): In meinen Angriffen im Vorjahre war ich vollkommen berechtigt, da die Thatfachen schon wochenlang in den Zeitungen bekannt gegeben waren, ohne daß seitens der Kolonialverwaltung Abhilfe geschaffen war.

Ein Regierungskommissar bestritt die Richtigkeit einiger von dem Abg. Schrempf vorgebrachten Behauptungen. Der Titel wird bewilligt; ebenso debattelos die folgenden und der Rest des Etats für Kamerun.

Es folgt der Etat für Togo. Abg. Dr. Haffe (natl.): Die Umwandlung unserer Schutztruppen in den Kolonien in Polizeitruppen halte ich für durchaus wünschenswert.

Der Etat wird bewilligt, ebenso debattelos die Etats für das südwestafrikanische Schutzgebiet und für Neu-Guinea.

Beim Etat für die Karolinen, Palau-Inseln und Marianen nimmt das Wort

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Die Denkschrift über die unsre neuesten Kolonien befähigt die pessimistischen Anschauungen, die wir bei Erwerbung dieser Inseln ausgesprochen haben. Die Mitteilungen der Denkschrift stehen im kräftigen Widerspruch zu den Erklärungen, die der damalige Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hier im Reichstag gegeben hat. Herr v. Bellow hat ja durch seine tropisch-äppige Verehrtheit, die damals noch mehr Eindruck machte als heute (Heiterkeit), die Mehrheit des Reichstags veranlaßt, dem Kaufvertrage zuzustimmen. Graf Bälou schilderte damals die Bevölkerung als anständig und geschickt; die Denkschrift aber nennt die Eingeborenen faul und jeder regelmäßigen Thätigkeit abhold. Einige Stämme sind sittenlos und werden von der Denkschrift geradezu Parasiten genannt. Auch die klimatischen Verhältnisse sind wenig günstig; die Europäer liden an Gichterschmerzen und Rheuma, unter den Eingeborenen ist die Tuberkulose und andre Augenleiden verbreitet. Das ganze Land wurde und früher als ein äppiger, wenn auch noch nicht nutzbar gemachter Garten geschildert; heute erfahren wir, daß die Karolinen aus Wasalt bestehen und daß der ursprünglich äppige Lehmboden größtenteils weggeschwemmt worden ist. (Hört! hört! links.) Man sprach von einer ausgedehnten Viehzucht; aber es sind überhaupt erst siebenzehn Rinder eingefangen worden; dazu kommen noch vierzehn Hühner und vier Schafe. Das ist der ganze Viehbestand. (Heiterkeit.) Abg. Hindewald schlug gefiern vor, man solle deutsche Bauernsöhne von keinen Bauernhöfen in unsere Kolonien führen. Vielleicht geht er selbst als Leiter einer solchen Expedition nach den Kolonien. (Heiterkeit.)

Gouverneur von Neu-Guinea, Herr v. Bennigsen: Ich muß dem ungünstigen Urteil des Abg. Dr. Wiemer doch in mancher Hinsicht entgegenzutreten. Für den Anlauf des Inselgebietes waren in erster Linie politische Gründe maßgebend. Ich glaube allerdings, daß man geneigt gewesen ist, den Wert dieses Inselgebietes zu überschätzen. (Hört! hört! links.) Aber diese Inseln liegen so weit auseinander und in so verschiedenen klimatischen und geographischen Regionen, daß man sich sehr schwer über sie ein Gesamtbild verschaffen kann. Das ist auch den dortigen Beamten in der kurzen Zeit noch nicht möglich gewesen. Es giebt unter den Inselgruppen zweifelhafte Inseln, auf denen ein Plantagenbau möglich ist und auf denen Kakao, Tabak und Kaffee gedeiht, andre Inseln sind für eine Bestockung mit Kokospalmen außerordentlich geeignet. Unter den Marianen giebt es ausgedehnte Inseln, die mit wilden Kokospalmen bestanden sind. Das Gouvernment hat für die Verpachtung dieser Wälder an Eingeborene 12 000 M. erlöst. Ein Teil der Bevölkerung ist außerordentlich arbeitsam und willig. Das gilt besonders von den Eingeborenen der Insel Pap. Die Bevölkerung der Insel Ponape ist allerdings kriegerisch und man konnte sich von ihr wohl einmal eines feindlichen Angriffes auf die Europäer versehen. Es ist ihr einmal gelungen, die ganze spanische Besatzung an einem Tage nieder zu machen. Wir haben uns trotzdem mit einer Polizeitruppe von nur 50 Mann dort niedergelassen. Ich bin trotz der Warnungen der Spanier ohne jede Verwundungen außer einigen Jagdverwunden in das Innere der Insel vorgedrungen. Die Eingeborenen haben uns erklärt, sie freuten sich, daß sie unter deutsche Herrschaft kämen. Ich glaube, daß wir nicht in feindliche Beziehungen zu der eingeborenen Bevölkerung, die mindestens 1000 mit Gewehren bewaffnete Menschen enthält, kommen werden. Die Polynesier, ein stolzer, schöner und doch friedliebender Menschenschlag, verdienen, daß sich eine humane Nation ihrer annimmt und sie davor bewahrt, sich gegenseitig auszurotten und ganz unterzugehen. Deutschland sollte sich eine Ehre daraus machen, die Polynesier in ihrem Bestande zu erhalten und allmählich zur Kultur zu erziehen. Ich bitte, nicht zu pessimistisch in die Zukunft dieses Inselgebietes zu sehen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.): Es scheint ja neuerdings eine objektivere Schätzung auch unserer afrikanischen Kolonien bei der Re-

gierung Platz zu greifen. Aber warum ist man nicht früher ebenso gewissenhaft verfahren? (Sehr richtig! links.) Warum hat man uns in die Täuschung veretzt, daß wir einen blühenden süppigen Garten erwarben? Die 17 Millionen sind ohne erheblichen Zweck in die Gewässer der Südpole geworfen worden. Herr v. Bennigsen rühmte die Schönheit der Polynesier; aber auch Deutschland hat einen schönen Menschenschlag (Große Heiterkeit), und wir thäten besser, anstatt uns um die Seiden der Polynesier zu kümmern, die Tuberkulose bei uns im Vaterlande zu bekämpfen. (Beifall links.)

Es folgt der Etat für Samoa.

Abg. Dr. Haffe (C.) weist auf das Steigen des Reichszuschusses für Samoa hin; allerdings steigen auch und zwar in stärkerem Umfange die Reichseinnahmen. Interessant ist es, daß man auf dieser Südsee-Insel bereits an die Ausgestaltung der Selbstverwaltung geht.

Abg. Dr. Haffe (natl.) drückt seine Anerkennung darüber aus, daß Versuche mit der Selbstverwaltung, wie es scheint mit günstigem Erfolge, gemacht worden sind. Doch muß davor gewarnt werden, diese Versuche auf andre Kolonien zu übertragen, wozu im Kolonialrat Neigung zu bestehen scheint. Nur die Entwicklung der kommunalen Autonomie ist ausrichtend.

Gouverneur von Samoa Dr. Solf giebt ausführlichen Auskunft über die Selbstverwaltung in Samoa. Zwei Parteien standen sich in Samoa gegenüber, die Mataafa-Partei, die Majoritätspartei, und die Malietoa-Partei. Die Majoritätspartei war der Ansicht, daß sie unter deutscher Herrschaft die Malietoa-Partei vollkommen niederschlagen könne und daß der deutsche Gouverneur der Gehilfe Mataafa sein würde. Das konnte natürlich nicht Aufgabe des Gouvernements sein. Seine Aufgabe war vielmehr, die streitenden Parteien auszusöhnen. Ich glaube, daß wir das vollkommen gelungen ist. Auf die Samoaner kann man sich ja niemals besonders verlassen, aber diese Voraussage glaube ich doch wagen zu können: Nehden und Unruhen sind vorläufig nicht mehr vorgekommen, und ebensowenig ist anzunehmen, daß die Samoaner eine Rebellion gegen die Deutschen wagen werden. Dazu sind sie zu klug. Was die Selbstverwaltung anlangt, so habe ich Samoa nach den herkömmlichen Provinzen in sogenannte Distrikte eingeteilt und jedem dieser Distrikte einen Vorsteher gegeben. Der Distrikt selber zerfällt wieder in Ortschaften, die auch ihre Vorsteher haben, eine Art Ortschaften. Mehrere Ortschaften zusammen stehen dann unter einem Dorfrichter. Das Bestätigungsrecht habe ich mir natürlich vorbehalten, weil sonst immer nur die eine oder andre Partei die Herrschaft haben würde. Die Distriktvorsteher und die Dorfgeschulzen kamen bald auf den Gedanken, daß sie eigentliche kaiserliche Beamte seien. (Heiterkeit.) Sie fanden sich deshalb mit dem Antrag ein, sie wollten wie der Gouverneur und die Polizeimeister Gehälter haben. (Stürmische Heiterkeit.) Auf einer Reise mußte ich mir die Eingeborenen belehren, daß Arbeit keine Schande sei, und daß sie für eine besondere Arbeit auch eine besondere Gegenleistung erhalten würden. Die hohen Häuptlinge begriffen dies und lösten nun einen legendreichen Einfluß auf ihre Clans aus. Die 40 000 M. Kopfgelder sind auf folgende Weise aufgebracht worden. Ich sagte zu den Häuptlingen: Wenn Ihr Gehalt haben wollt, dann müßt Ihr Steuern bezahlen. Das verstanden die Häuptlinge; die Steuern wurden bezahlt und sind pünktlich eingetroffen. Es liegt auch nun bereits ein erneuter Antrag der Häuptlinge vor, daß diese Steuern nicht nur von den arbeitskräftigen Männern, sondern auch von den Frauen und Kindern erhoben werden (Große Heiterkeit.) damit ihre Gehälter erhöht werden könnten. (Stürmische Heiterkeit.) Es wäre schade, wenn wir mit Gewalt gegen die Samoaner vorgehen müßten. Damit wird nichts erreicht. Es ist viel besser, mit Liebesgaben und Geldern zu wirken. (Große Heiterkeit.) Ehlers nennt Samoa die Perle der Südsee; im Namen meiner Ehrenschilderungen kann ich Sie nur bitten, bei der Fassung dieser Perle nicht allzuviel am Golde sparen zu wollen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Der Etat für Samoa wird bewilligt, ebenso debattelos das Etatsgesetz für die Kolonien.

Präsident Graf Balleschren erklärt die Tagesordnung für erledigt, obwohl noch der zweite Punkt, die Vorlage betreffend die Ueberrahme einer Reichsgarantie für eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Morogoro, zu erledigen ist. Er bemerkt sein Versehen erst bei der Festlegung der Tagesordnung für die nächste Sitzung. Der vergessene Gegenstand wird zum ersten Punkt der morgen, Freitag, 1 Uhr, stattfindenden Sitzung bestimmt. Außerdem stehen die noch nicht erledigten Etatteile der Reichsfinanzen, der Zölle etc. zur zweiten Lesung.

Schluß 5 Uhr. Der Kongress zu Tours. Tours, 4. März 1902. Zweiter Verhandlungstag.

Nachmittagsitzung 2 1/2 Uhr.

Vorsitz: Abg. Riviani, Camelle, Delfon, Fräulein Samouhaeu.

Ordy berichtet ausführlich namens der Prehkommission des General-Komitees über die Vorarbeiten zur Ausführung des Lyoner Beschlusses, betreffend Schaffung eines täglichen Partei-Organs. Eine bei der auswärtigen sozialistischen Presse angestellte Umfrage hat ergeben, daß bei den bescheidensten Ansprüchen fürs erste Jahr 500 000 Fr. erforderlich wären, darunter 50 000 Fr. für das Lancieren der Zeitung. Diese Summe läßt sich aber nicht beschaffen. Die Kommunisten sind zu egoistisch, um eine große Summe zu riskieren. Eine Geldsammlung müßte mehrere Jahre dauern, ohne nennenswerte Resultate zu ergeben. Was in Deutschland, in Belgien und Dänemark möglich, ist in Frankreich unmöglich; die französischen Proletarier sind zu träge und wenig zielbewußt. Zum Schluß schlägt Ordy vor, doch eine Geldsammlung zu beschließen.

Vagnol betont die zweifelhaften Resultate einer Geldsammlung und beantragt, irgend eine genossenschaftliche Kombination zu beschließen.

Gérault-Richard, Chefredacteur der „Petite République“, meint, Ordy habe noch nicht alle Schwierigkeiten berücksichtigt, die Ausgaben seien von ihm zu niedrig angesetzt. Man müßte sofort 1 Million Frank zur Verfügung haben, um eine Tageszeitung gründen zu können. Es wäre daher geraten, ein monatliches oder wöchentliches Organ in Erwägung zu ziehen, das wenigstens ein Band zwischen den Föderationen herstellte und diese mehr als bisher dem Generalkomitee nähern würde.

Fran Renaud appelliert an das sozialistische Gewissen: Es sei schändlich, daß die Partei bisher kein Organ habe. Wenn das unmöglich, wie würden sie also die sozialistische Gesellschaft einrichten können? Sobald man auf das Organ zu sprechen komme, werde alles Eis. Man habe von freigebigen Millionären gesprochen; Nein, ein sozialistisches Blatt müsse mit sozialistischen Sous gegründet werden!

Es werden noch weitere Vorschläge gemacht. Schließlich wird beschloffen, ein periodisches Organ ohne nähere Bestimmung der Periodicität zu schaffen und die verschiedenen Vorschläge über die Mittel und Wege dem Generalkomitee zu überweisen.

Bericht der Kammerfraktion.

Den gedruckt vorliegenden Bericht verliest der Abg. Deböze. Er beginnt mit der Spaltung der Fraktion im Gefolge des Lyoner Kongresses. Es sind 14 Abgeordnete ausgetreten, von denen 6 treten wieder der Fraktion bei (nachdem er mit seinen Anhängern aus der bnanquillistischen Föderation von Ober ausgetreten war), während 8 unabhängig blieb. Seither ist der neu-gewählte Abgeordnete Douvert-Montcau der neuen „revolutionär-socialistischen Fraktion“ beigetreten, so daß dies

jetzt 13 Mitglieder zählt und die alte Fraktion 30. In der letzteren sitzen nach wie vor die allemanischen Deputierten Allemane und Menou, trotz des neulichen Austritts der Allemanisten aus der Partei.

Der Hauptinhalt des Berichts gilt der Rechtfertigung der parlamentarischen Haltung der Fraktion unter polemischen Ausfällen gegen die antiministerielle Fraktion. An theoretischen Gründen findet man im Bericht ganz konfuse Phrasen über den Zusammenhang zwischen Republik und Sozialismus unter Berufung auf Victor Hugo. Es wird auch hingewiesen auf die „von der republikanischen Partei gegebenen Reformen“. Ferner wird die indifferente Haltung der meisten Deputierten in Bezug auf die Agitation gerechtfertigt. Zum Schluss wird das „lichtvolle Bild“ des Berichts doch durch „einige Schatten“ verunkelt. Der Bericht fehlt nämlich eine Kleinigkeit: der feste Zusammenhang der Mitglieder, der Geist der Disziplin, der eine politische Macht schafft. Trotz der „herzlichen“ Beziehungen unter den Mitgliedern, die der Bericht eingangs hervorhebt, haben die Abgeordneten nach und nach sich vollständig den Versuch der Fraktions-Versammlungen „abgewöhnt“. Daher die zerfahrenen Abstimmungen der Abgeordneten, die belamlich fast regelmäßig in allen wichtigeren Fragen auf dreifache Weise votierten: für, gegen und Enthaltung. Der Bericht meint freilich, daß von Prinzipienfragen abgesehen, jedem Abgeordneten eine gewisse Bewegungsfreiheit gelassen werden müsse „zur Befriedigung von individuellen Temperamenten oder lokalen Interessen“. Der Bericht verweist sogar auf die Unklarheit der Abstimmungen ein Argument gegen die „revolutionär-socialistische Fraktion“ zu ziehen: wozu die Schaffung einer neuen Fraktion, da man ja innerhalb derselben Fraktion sich frei bewegen könne? Im übrigen vertritt der Bericht auf die Zukunft, auf die neue nach den Kommunalwahlen zu organisierende Fraktion, in Bezug auf die Vergangenheit keine man nur sein Bedauern ausdrücken. Von den skandalösen Abstimmungen für die Verklärung der China-Expeditionstruppen und die Jarenkredite u. a. m. schweigt der Bericht.

In der Debatte hat weder der Bericht noch die Haltung der Fraktion die erforderliche prinzipielle Kritik gefunden, obwohl manches scharfe Wort gefallen ist.

Lenormand, der zu den Antiministerialisten zählt, meinte, der Bericht wäre „unparteiisch“ gehalten. Aber welche Würdigung hätten wir für die Zukunft? Die Agitationsfähigkeit der Abgeordneten sei nicht so alt geworden, wie es der Bericht darstelle. Gewisse Abgeordnete seien „nichts als ministeriell“ und kümmernten sich nur um ihren Wahlkreis. Redner bedauert, daß der Bericht die andre Fraktion als „Revolutionäre“ bezeichnet. Wären wir denn keine Revolutionäre? Die Fraktion habe den großen Fehler begangen, solche Mitglieder aufzunehmen, wie Jourde-Bordeaux, der stets ministeriell stimme, ohne sich um die Interessen des Proletariats zu kümmern. Es sei eine Schande, daß Jourde stets für die Interessen der „nationalen Armee“ eintrete, für Schaffung neuer militärischer Ordenszeichen sich ins Zeug lege und dergl. „Ein Bourgeois-Abgeordneter würde es nicht wagen, so zu handeln. (Unruhe). Und ich meine nicht nur Jourde, sondern noch andre.“ Jetzt versteht Redner, warum die Provinggruppen nie eine Antwort auf ihre Gesuche um Redner erhalten hätten, da ja die Fraktion keine Versammlungen abhielt.

Rosieux macht bekannt, daß ein Kriegerverein, dessen Ehrenpräsident Jourde, eine Geldsammlung veranstaltet hat, um dem Jaren einen Ehrenbogen zu präsentieren. Kömme Jourde nun noch Fraktionsmitglied bleiben?

Thizon beschwert sich namens der Agitationskommission des Generalkomitees über die „Lässigkeit“ der Abgeordneten in Bezug auf die Agitation. Die Beziehungen zwischen Komitee und Fraktion müßten statutarisch geregelt werden. Der Fraktionsbericht wolle nicht die „guten Absichten“ verdächtigen, aber in der Fraktion gebe es Abgeordnete, die keiner socialistischen Organisation angehörten, es fehle also jede Handhabe ihnen gegenüber.

Fran Renaud kritisiert die Ausführungen des Berichts über die Harmonie zwischen Sozialismus und Republik. Die Harmonie gelte nur für die soziale Republik. Man solle den Sozialismus nicht, wie gestern gesehen, auf die Menschenrechte von 1789 zurückführen. Die Deputierten brauchten nicht Redner zu sein, um den Sozialismus propagieren zu können.

Ein Delegierter aus Bordeaux teilt mit, daß die dortige Föderation Jourde über sein Votum für das Kriegs- und Kolonialbudget befragt habe. Bis hier habe Jourde noch geantwortet. Die Föderation habe beschloffen, Jourdes Kandidatur nur dann anzuerkennen, wenn er sich verpflichte, gegen das Kriegsbudget zu stimmen.

Weitere drei Redner tadeln das Votum der sechs Abgeordneten für die Verklärung der Chinatruppen. Niemand aber erwähnte das Votum für die Jarenkredite.

Dedbe bemerkt in seinem kurzen und nichtsagenden Schlusswort, daß es reiche Mittel gebe, gewisse Abgeordnete aus der Fraktion auszuschließen. Möge der Kongreß eine Regel aufstellen.

Der Kongreß billigt den Fraktionsbericht unter „gewissen Vorbehalten“, da nämlich in einer späteren Sitzung Einzelfälle noch zur Sprache kommen sollen.

Die Programmkommission ist mit ihren Arbeiten noch nicht fertig. Man schließt daher die Sitzung, nachdem die Seine-Föderation, in der stets Reibereien auf der Tagesordnung sind, ernächtigt worden, sich so zu organisieren, wie jede andere Föderation.

Schluss der Sitzung 5 1/4 Uhr nachmittags.

Tours, 4. März.

Zweiter Verhandlungstag.

Abendigung. 9 Uhr.

Jaurès, Berichterstatter der Programmkommission, verliest den von der Kommission einstimmig angenommenen Entwurf der nachfolgenden

Prinzipienerklärung.

Der Sozialismus geht zugleich hervor aus der Bewegung der Demokratie und den neuen Formen der Produktion. — Historisch betrachtet, haben die Proletarier gleich im Beginn der französischen Revolution eingesehen, daß die Erklärung der Menschenrechte illusorisch bliebe ohne eine soziale Umgestaltung des Eigentums. In der That, wie könnten „Freiheit, Eigentum und Sicherheit“ jedermann garantiert werden in einer Gesellschaft, in der die Besten unter den Arbeitern nichts als ihre Hände besitzen und gezwungen sind, ihre Arbeitskraft der besitzenden Minderheit zu verkaufen, um leben zu können? So hat denn unser großer Vorfahr, um auf alle Bürger die in der Erklärung der Menschenrechte eingeschriebenen Garantien auszuüben, das Eigentum als eine Garantie des allgemeinen Glücks verlangt. Für die künftigen Proletarier war der Kommunismus der höchste, der oberste Ausdruck der Revolution.

„Während dem aus der revolutionären Bewegung hervorgegangenen politischen Regime und dem ökonomischen Regime der Gesellschaft besteht ein unerträglicher Widerspruch. Auf dem politischen Gebiet wird die Demokratie durchgeführt: alle Bürger beteiligen sich demingestens de jure an der Souveränität; das allgemeine Wahlrecht ist der Kommunismus der politischen Macht. Auf dem ökonomischen Gebiet ist dagegen eine Minderheit souverän. Die Oligarchie des Kapitals ist es, die besitzt, leitet, verwaltert, ausbeutet. Als Bürger sind die Proletarier für fähig erachtet, die Milliarde des nationalen und kommunalen Budgets zu verwalten. Als Arbeiter in der Werkstatt sind sie weiter nichts als eine passive Menge, die an der Leitung der Unternehmungen keinen Anteil hat; sie erleiden die Herrschaft einer Klasse, die eine fortan nutzlose und willkürlich verhängte Vormundschaft sie teuer bezahlen läßt. Das unwiderstehliche Streben der Proletarier ist daher, die auf politischem Gebiet teilweise verwirklichte Demokratie ins ökonomische Gebiet zu übertragen. Wie alle Bürger die politische Macht demokratisch, gemeinschaftlich besitzen und handhaben, ebenso gemeinschaftlich müssen sie die ökonomische Macht und die Produktionsmittel besitzen und handhaben.“

„Sie müssen selbst die Arbeitsvorfesher in den Werkstätten erneuern, wie sie die Regierungschefs im Staate erneuern, und denjenigen, die produzieren, und der Allgemeinheit den ganzen Arbeits-ertrag reservieren.“

„Diese Tendenz der politischen Demokratie, sich zu einer sozialen Demokratie auszuweiten, ist durch die ganze ökonomische Entwicklung gestärkt und präzisiert worden. In dem Maß, wie das kapitalistische Regime seine Wirkungen entwickelt, kam das Proletariat zum Bewußtsein das unerbittlichen Gegensatzes (opposition) zwischen seinen wesentlichen Interessen und den Interessen der social herrschenden Klasse und setzte es der bourgeois Form der Demokratie immer mehr und mehr die vollständige und tiefe kommunistische Demokratie entgegen.“

„Jede Hoffnung auf die Verallgemeinerung des Eigentums und der Unabhängigkeit durch die Vermehrung der selbständigen kleinen Produzenten ist verschwunden. Die Großindustrie wird immer mehr das Gesetz der modernen Produktion. Dank der Erweiterung des Weltmarktes, der wachsenden Erleichterung des Verkehrs, der Arbeitsteilung, der wachsenden Anwendung der Maschinen, der Konzentration der Kapitalisten, werden die kleinen und mittleren Produzenten nach und nach von der konzentrierten unermesslichen Produktion ruiniert oder ihr untergeordnet. Selbst dort, wo die Zahl der kleinen Industriellen, der kleinen Händler, der kleinen bäuerlichen Eigentümer sich nicht vermindert, geht ihre relative Bedeutung unaufhörlich zurück. Sie geraten in Abhängigkeit vom großen Kapital. Selbst die bäuerlichen Eigentümer, die ein wenig Selbständigkeit beibehalten zu haben scheinen, sind immer mehr den erdrückenden Kräften des Weltmarktes ausgeliefert, die ohne sie und gegen sie vom Kapitalismus gehandhabt werden.“

„Bei dem Verkauf ihres Getreides, ihres Weines, ihrer Jucker, ihrer Milch sind sie immer mehr der Willkür der großen Zwischenhändler oder der großen Industrien der Mälzerei, des Junders und des Alkohols ausgeliefert, die die bäuerliche Arbeit beherrschen und betrauben. Die industriellen Proletarier, die beinahe jede Aussicht verloren haben, sich industriell zum Unternehmertum emporzuheben und so zu einer ewigen Abhängigkeit verurteilt sind, sind außerdem den unaufrichtigen Arbeitslosigkeit- und Elendskreisen unterworfen, die durch die regellose Konkurrenz der großen kapitalistischen Kräfte entsefelt werden.“

„Der unermessliche Fortschritt der Produktion und des Reichtums, in großem Maße von den parasitären Klassen usurpiert, hat den Arbeitern, den Proletariern keinen gleichwertigen Fortschritt des Wohlstandes und der Sicherheit gebracht. Ganze Kategorien von Lohnarbeitern werden plötzlich ins äußerste Elend geschleudert dank dem fortwährenden Erneuerung der Arbeitsmittel (outillage), sowie dem Ortswechsel und den Umgestaltungen der Industrie.“

„Der Kapitalismus selbst gesteht die Unordnung des gegenwärtigen Regimes der Produktion ein, indem er versucht, durch kapitalistische Synthesen und Kräfte sie zu seinem Vorteil zu regeln. In der That, selbst wenn es ihm gelänge, alle Produktionskräfte zu zäheln, so nur dadurch, daß er die Herrschaft und das Monopol des Kapitals bis zum höchsten Grade steigern würde.“

„Es gibt nur ein Mittel, die Ordnung und den stetigen Fortschritt der Produktion, die Freiheit aller Einzelnen und den wachsenden Wohlstand aller Arbeitern zu sichern, — das ist die Uebertragung des Eigentums der kapitalistischen Produktionsmittel an die Kollektivität, die soziale Gemeinschaft.“

„Das Proletariat, fortwährend an Zahl zunehmend, durch die große Industrie selbst für eine Gesamtkraft immer besser vorbereitet, begreift, daß der Kollektivismus oder Kommunismus für ihn das notwendige Rettungsmittel ist. Es setzt sich entgegen (s'oppose) als unterdrückte und ausgebeutete Klasse allen Kräften der Unterdrückung und Ausbeutung, jedem Eigentumssystem, das es zu einem bloßen Werkzeug herabwürdigt. Es erwartet seine Befreiung nicht vom guten Willen der dirigierenden oder von der spontanen Großmut der besitzenden Klassen, sondern von dem stetigen, methodischen Druck, den es auf die Privilegierten und die öffentliche Macht ausübt. Es setzt sich zum Endziel nicht eine teilweise Besserung, sondern die vollständige Umgestaltung der Gesellschaft. Und da es kein Recht auf das kapitalistische Eigentum anerkennt, so fühlt es sich an dasselbe durch keinen Vertrag gebunden. Es ist entschlossen, gegen dasselbe gründlich und bis zu Ende zu kämpfen. In diesem Sinne ist das Proletariat eine revolutionäre Klasse und muß eine solche bleiben auch dann, wenn es die ihm von der Demokratie zur Verfügung gestellten gesetzlichen Mittel gebraucht.“

„Schon durch die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts, durch die Eroberung und Ausübung des Assoziations- und Vereinsrechts, durch die ersten Arbeiterkassen- und sozialen Versicherungsgesetze hat das Proletariat begonnen, die unheilvollen Wirkungen des kapitalistischen Regimes zu bekämpfen. Es wird diese große und ununterbrochene Anstrengung fortsetzen, aber es wird den Kampf nicht eher aufgeben, bis das gesamte kapitalistische Eigentum durch die Gemeinschaft aufgelassen worden ist (résorbé) und bis der Klassen-gegenstand ein Ende genommen hat durch das Verschwinden der Klassen selbst, die in der gemeinschaftlichen Produktion und dem gemeinschaftlichen Eigentum wieder versöhnt oder vielmehr vereinfacht worden sind.“

„Wie sich die letzte Umgestaltung des kapitalistischen Regimes in ein kollektivistisches oder kommunistisches vollziehen wird? Dem Menschengenüß ist es unmöglich, im voraus die Art und Weise zu bestimmen, wie sich die Geschichte erfüllen wird. Die demokratische bourgeois Revolution, deren Ursprung in der großen Bewegung des Frankreich von 1789 liegt, hat sich in den einzelnen Ländern auf die verschiedenste Weise durchgeführt. Das alte Feudalsystem ist bald der friedlichen und langsamen Entwicklung, bald der Gewalt gewichen. Die revolutionäre Bourgeoisie hat je nach Ort und Zeit bald die brutale Expropriation, bald den Rückgang der feudalen Lehnrechte vorgenommen. Niemand vermag zu wissen, auf welche Weise die kapitalistische Arbeiterschaft (servitude) aufgehoben werden wird.“

„Die Hauptsache ist, daß der Proletarier stets zu immer kräftigerer und wirksamerer Aktion bereit sei. Es wäre gefährlich, die Hypothese von revolutionären Ereignissen zu beseitigen, die entweder durch den Widerstand oder sogar durch einen verbrecherischen Angriff der Privilegierten hervorgerufen werden können. Es wäre unheilvoll, im Vertrauen auf das bloße Wort Revolution, die großen gesetzlichen Aktionskräfte zu vernachlässigen, über welche das organisierte und zielbewußte Proletariat in der Demokratie verfügt. Die gesetzlichen Mittel, vielfach durch eine Revolution erobert, stellen dar eine Anhäufung revolutionärer Kraft, ein Revolutionskapital, das nicht zu verwerten unsinnig wäre. Man darf vernachlässigen es die Arbeiter, aus den Aktionsmitteln Nutzen zu ziehen, die ihnen von der Demokratie und der Republik zur Verfügung gestellt werden. Sie ziehen aus der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Aktion, aus dem allgemeinen Wahlrecht nicht all den Nutzen, den diese Aktionsformen liefern können. Es giebt keine Formel und keinen Mechanismus, die die Arbeiterklasse der stetigen Organisations- und Erziehungsarbeit entheben könnten.“

„Die Idee des Generalstreiks, der Generalstreiks wird den Proletariern durch den wachsenden Umfang der gewerkschaftlichen Organisation mit unwiderstehlicher Kraft eingegeben. Sie wünschen die Gewalt nicht, die oft genug die Folge einer mangelhaften Organisation und einer unvollständigen Erziehung des Proletariats ist. Aber sie würden einen großen Fehler begehen, wenn sie nicht von diesem mächtigen Aktionsmittel Gebrauch machten, das die proletarischen Kräfte im Dienste großer proletarischer oder sozialer Interessen zusammenordnet. Sie müssen sich vereinen, sich organisieren, um im Stande zu sein, die privilegierten Klassen immer stärker die Leere empfinden zu lassen, die der plötzliche Stillstand der einer endlosen Ausbeutung müden Arbeit im ökonomischen Leben der Gesellschaften auf einmal erzeugen kann. Sie können dadurch dem Egoismus der Privilegierten große Reformen in allgemeinerem Interesse der Arbeiter entreißen und die vollständige Umgestaltung einer ungerechten Gesellschaft beschleunigen. Aber die Formel des Generalstreiks, ebenso wie der Zeitstreik und die politische Aktion, zieht ihren Wert nur aus dem Fortschritt der Erziehung, des Gedankens, des Willens innerhalb der Arbeiterklasse.“

„Die sozialistische Partei verteidigt die Republik als ein notwendiges Befreiungs- und Erziehungsmittel. Der Sozialismus ist

seinem Wesen nach republikanisch. Man kann sogar sagen, daß er die Republik selbst ist, da er die Ausdehnung der Republik auf das Regime des Eigentums und der Arbeit bedeutet.“

„Die sozialistische Partei bedarf freier, von Aberglauben und Vorurteilen befreiter Geister zur Organisation der neuen Welt. Sie fordert für alle Menschenwesen, für alle Individuen und garantiert ihnen die absolute Freiheit des Denkens, der Meinungsausprägung (d'écrit) und des Glaubens; sie legt allen Religionen, allen Dogmen, allen Kirchen, ebenso wie den Klassenauffassungen der Bourgeoisie, entgegen das unbeschränkte Recht des freien Gedankens, die wissenschaftliche Auffassung des Weltalls und ein ausschließlich auf der Wissenschaft und der Vernunft beruhendes System der öffentlichen Erziehung.“

„So an den freien Gedanken und die Ueberlegung gewöhnt, werden die Bürger gegen die Sophismen der kapitalistischen und herrlichen Reaktion gefestigt sein. Die kleinen Industriellen die kleinen Händler, die kleinen bäuerlichen Eigentümer werden aufhören zu glauben, daß es der Sozialismus ist, der sie enteignen will. Die sozialistische Partei wird den Moment beschleunigen, wo die kleinen bäuerlichen Eigentümer, durch die Abfassung ihrer Produkte ruiniert, mit Hypotheken überlastet und stets von der zwangswiseiten Versteigerung bedroht, endlich die Vorteile der verallgemeinerten und systematisierten Association begreifen und selber die Vergesellschaftlichung ihrer Bodenparzellen als eine Wohlthat verlangen werden.“

„Es wäre jedoch nutzlos, im Innern jeder Nation eine gerechte und friedbringende Organisation vorzubereiten, wenn die gegenseitigen Beziehungen der Nationen allen kapitalistischen gierigen Gelüsten ausgeliefert blieben. Die sozialistische Partei will den Frieden unter den Nationen; sie verurteilt jede offensive und Kriegspolit, gleichviel ob es sich um einen kontinentalen oder einen kolonialen Krieg handelt. Sie sorgt dafür, daß die gleichzeitige Kräftigung stets auf der Tagesordnung des civilisierten Länder bleibt. Und in Erwartung des Tages der endgültigen Friedens unter den Nationen bekämpft sie den militaristischen Geist, indem sie aus allen Kräften für die Ueberleitung des Systems des stehenden Heeres in das Milizsystem arbeitet. Sie will das Territorium und die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen jede Ueberfremdung sichern. Aber sie verurteilt von Grund aus jede offensive Politik und jedes offensive Werkzeug. Die enge Verständigung der Arbeiter, der Proletarier aller Länder ist notwendig, sowohl um die Unterdrückungs- und Kriegskräfte zurückzudrängen wie auch um durch eine zusammengefaßte Aktion den allgemeinen Triumph des Sozialismus vorzubereiten. Das internationale Einvernehmen der kämpfenden Proletarier aller Länder wird der Triumph einer freien Menschheit vorbereiten, in der die Mannigfaltigkeit der Klassen verschwinden sein wird und die Mannigfaltigkeit der Nationen anstatt ein Faktor des Kampfes und des Hasses zu sein, ein Faktor des brüderlichen Wettstreites im allgemeinen menschlichen Fortschritt sein wird.“

„In diesem Sinne und aus diesen Gründen hat die sozialistische Partei auf ihren Kongressen die Regel und das Ziel ihrer Aktion also formuliert: Internationale Verständigung der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Klassenpartei zum Zwecke der Eroberung der Macht und der Vergesellschaftlichung der Produktions- und Austauschmittel, d. h. der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische.“

Jaurès beschränkte sich auf die Verlesung des Entwurfs, der am Schluss mit stürmischem, anhaltendem Beifall aufgenommen wird. Berichterstatter giebt nur noch der Hoffnung Ausdruck, daß der Kongreß den Entwurf ebenso einstimmig votieren wird, wie die Kommission. (Erneuter Beifall und Ausruf: „Abstimm! Abstimm!“) Niemand verlangt das Wort und der Kongreß votiert einstimmig durch Ausbleiben die Prinzipienerklärung, die von den Delegierten nur einmal und zum erstenmal gehört wurde, während der im Generalkomitee in zahlreichen Sitzungen ausgearbeitete und auf dem Kongreß selbst stundenlang beratene Programm-Entwurf einfach beiseite geschoben wurde.

Das Ergebnis der Abstimmung wird mit Beifall und mit freilich vereinzelt Ausrufen: „Hoch die Einigkeit!“ aufgenommen. Doch behalte ich mir, auf das Programm und die allgemeinen Ergebnisse des Kongresses noch zurückzukommen.

Vorsitzender **Viviani** freut sich über das einstimmige Votum, bewundert das Ethik „Rednerkunst“ (pays d'éloquence), welches das Programm darstelle, und stellt dasselbe an Schönheit der Erklärung der Menschenrechte von 1789 gleich.

Hierauf begründet **Viviani** in wenigen Worten die von der Kommission ebenfalls einstimmig votierte Resolution über die Ministerfrage: Schon im Dezember 1899 („Einigungs-Kongreß“) sei beschlossen worden, daß zur Teilnahme an der Regierung die Zustimmung der Partei erforderlich wäre. Die Resolution statet hätte jenen Beschluß erneuert. Jetzt sei es an der Zeit, aus dieser Resolution die praktische Anwendung zu ziehen. Dieser wäre dies unmöglich gewesen, ohne Personenfragen zu berühren. Jetzt aber sei es anders: morgen werde der „ministerielle Vertrag“ (d. h. Ministerkabinet) ein Ende nehmen. Redner meint damit den Sturz oder die Demission des Ministeriums nach den Wahlen.) Man könne also einen Beschluß fassen ohne „Hinrichtung von Personen“, ohne Leichen. Die Zuhörer konnten danach glauben, daß die Resolution fürchterliche Dinge enthält. In Wirklichkeit aber ist sie so harmlos, daß sie von Rivierand selbst gleich am ersten Tage seiner Ministerkabinet ohne die geringste Lebensgefahr, ja, ohne die geringste Gefahr für sein Portefeuille hätte votiert werden können.

„Sie lautet: „In Ausführung der vom internationalen socialistischen Kongreß zu Paris votierten Resolution über die Teilnahme eines oder mehrerer Sozialisten an der Bourgeoisregierung, beschließt der Kongreß, daß von der nächsten Legislatur ab kein Sozialist in eine ministerielle Kombination eintreten darf, so lange hierüber ein Parteitag nicht anders entschieden hat.“

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen unter vereinzelt und schwächlichem Beifall.

Viviani legt nun dar die Grundlinien des Entwurfs der Reorganisation der Partei. Es handelt sich um eine gründliche Loslösung der einzelnen Föderationen von einander und der Gesamtpartei — im Rahmen der Autonomie und des Föderalismus. Nach einigem Wabestehen einer keinen Widerheit votiert der Kongreß die Grundlinien „im Prinzip“ und ernannt eine Kommission zur endgültigen Ausarbeitung der Statutenänderung.

Meppenheimer erklärt, daß seine Sonderorganisation (Broussisten und Possibilisten) bereit sei, gemäß dem in Lyon gemachten Versprechen, sich aufzulösen, um in der Gesamtpartei aufzugehen.

Die gleiche Erklärung giebt die „Revolutionäre Sozialistische Föderation“ ab, die freilich, ebenso oder noch mehr als die broussistische ein Schattensein führt.

Schluss der Sitzung 10 1/4 Uhr abends.

Briefkasten der Redaktion.

A. G. 100. 1. P. ist die Wissenschaft vom Unterrichts- und Erziehungsweesen. 2. Das erste und zweite „e“ wie a, das letzte kumma. 3. Die beiden mittleren Lokale wie „u“.

W. B. R. Erst machen Sie Ihr Examen. Alles Weitere findet sich später. Aber so ganz einfach ist die Sache doch nicht.

H. Konneburg. Ob die eine Seite recht hat oder die andre, das läßt sich nicht so unbedingt sagen. Sind auf beiden Seiten außerhalb gleich starke Organisationen, die beide beteiligt sein wollen, so ist doch das einfachste, man teilt sich in die Arbeit und teilt sich in den Erfolg. So wird es vielerorts gemacht und es sprechen viele Gründe für die Möglichkeit eines solchen Verfahrens. In solchen Fragen bei differierenden Ansichten aus seinem Sachin bestehen, ist immer schädlich; da muß man einen Weg finden, der alle beschützt.

Genosse im Park. Derartige Maschinen werden von der Firma Edward Müller Nachf., Berlin, Bernstr. 45, gebaut.

G. D. 11. Die unter 1 genannte Gesellschaft ist nicht besonders zu empfehlen, dagegen ist 2 gut. Auf Anfrage 3 empfehlen wir „Berlinerische“ und „Preussische Versicherungsgesellschaft“.

G. V., Schneiderberg. Lassen Sie sich von der Anfall eines Projekts faden.

Zu den Landgemeindevahlen.

II.

Arg vernachlässigt haben die meisten Gemeinden die Aufgaben auf dem Gebiete der

Gesundheitspflege.

Man sollte meinen, daß die Bourgeoisie in ihrem eigenen Interesse wenigstens die notwendigen Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung der Krankheiten ergreifen möchte, denn wenn auch die Seuchen ihre reichste Ernte unter den Arbeitern holen, so verlohnen sie doch auch nicht die Wohlhabenden. Die Krankheit und Tod bringenden Vociellen machen selbst vor Schloßern und Palästen nicht Halt. Und doch läßt die öffentliche Gesundheitspflege in den meisten Gemeinden, sei es aus Unkenntnis der Gemeindevorteiler, sei es aus Mangel an Mitteln, so gut wie alles zu wünschen übrig.

Ist einmal irgendwo eine Epidemie ausgebrochen, so fliehen ja wohl die weisen Gemeindevorteiler aus Angst, daß auch sie und ihre Familien davon ergriffen werden könnten, die Köpfe zusammen und überlegen, was zu thun ist. Hinterher aber bleibt oft alles beim alten; es wird in der früheren Weise fortgerührt. Mehr als auf irgend einem andren Gebiete kommt es auf dem der Gesundheitspflege darauf an, vorzubeugen zu wirken. Mit vollem Recht haben die socialdemokratischen Gemeindevorteiler-Konferenzen, in erster Linie die beiden für die Provinz Brandenburg, ihr Augenmerk auf die vorbeugenden Mittel gerichtet und unter andern eine hygienisch einwandfreie Trinkwasserbereitung und Entwässerung, die Errichtung von Schlachthöfen und die Errichtung einer gründlichen Nahrungsmittelkontrolle, die Schaffung von Gesundheitsämtern, die Errichtung öffentlicher Badeanstalten, die Innegehaltlichkeit der durch ansteckende Krankheiten notwendigen Desinfektion gefordert.

Die für diese Zwecke verwandten Gelder tragen reichliche Zinsen; die ungenutzten Summen, die heute für Unterbringung von Kranken und Anschaffung von Arzneien verausgabt werden, und zum Teil infolge der Mittellosigkeit der Bevölkerung von den Gemeinden getragen werden müssen, verringern sich hierdurch erheblich. Gänzlich die Krankheiten zu verhüten, steht natürlich nicht in unserer Macht; wohl aber ist es uns möglich, durch geeignete Maßnahmen den Körper widerstandsfähiger gegen Krankheiten zu machen und für gründliche Heilung der Kranken zu sorgen. Diefem Zwecke dienen Krankenhäuser, die allen Anforderungen der medizinischen Wissenschaft entsprechen und in denen einem jeden, gleichviel ob arm oder reich, die geeignete Pflege zu teil wird. Es darf nicht, wie so vielfach, die Rücksicht auf die Finanzen der Gemeinde, sondern einzig und allein das Interesse der Kranken ausschlaggebend sein. Eine Sparfameit auf diesem Gebiete wäre über angedacht und würde sich, wie die Erfahrung lehrt, bitter rächen. Neben den Krankenhäusern wären besondere Gesundheitsheime zu errichten und nach Bedarf auch Heimstätten für Schwangere, Entbindungs-Anstalten und Wöchnerinnenheime. Vor allem sollten in allen Gemeinden besondere Gesundheits-Deputationen bestehen, die das gesamte Gesundheitswesen dauernd zu überwachen und den Gemeindevorteilungen auf Grund ihrer Fachkenntnisse geeignete Vorschläge zu unterbreiten hätten.

Wie auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, so darf es auch auf dem der

Armen- und Waisenspflege

für die Gemeinden nur einen Leitfaden geben, die Rücksicht auf das Bedürfnis der der Armen- und Waisenspflege anheimfallenden Personen. Auch hier heißt es in erster Linie vorbeugen zu wirken. Wodurch werden denn die Armen und Waisen am meisten belastet? Neben Krankheit spielen hier Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Altersschwäche die Hauptrolle. Eine geordnete Gesundheitspflege, eine vernünftige Wohnungspolitik, Maßregeln zur Wärdigung der Arbeitslosigkeit dürften daher die geeigneten Mittel zur Verminderung der Armutlasten sein. Wer aber dennoch gezwungen ist, an die Mühseligkeit der Gemeinde zu appellieren, den darf eine einigermaßen social gesinnte Verwaltung nicht fort und fort sein Unglück fühlen lassen. Die Ortsarmen sind keine Verbrecher, und doch werden sie oft schlimmer als diese behandelt. Eine Durchdringung der Gemeindevorteiler mit socialen Geist wird hier zweifellos Wandel schaffen; die bestehenden Klassen müssen sich zu dem Erkenntnis durchringen, daß das Eintreten der Gesamtheit für die wirtschaftlich Schwachen ein Gebot der socialen Gerechtigkeit ist. Und es wird insbesondere die Aufgabe der Socialdemokraten sein, ihnen ihre Pflicht in dieser Hinsicht vor Augen zu führen.

Sociale Momente sind auch in der Waisenspflege in den Vordergrund zu rücken. Leider ist es eine weitverbreitete Unsitte, die Waisen denjenigen Familien in Pflege zu geben, die am wenigsten dafür fordern. Die Gemeinden sind häufig bestrebt, die Kosten für die Waisenspflege auf ein Minimum zu reducieren, unbekümmert darum, ob die armen Waisenkinder in Familien untergebracht werden, in denen sie körperlich und geistig zu Grunde gehen. Es gibt eine ganze Reihe von Familien, die sich förmlich danach drängen, Waisen in Pflege zu bekommen, weil sie es verstehen, die jugendliche Arbeitskraft in ihrem Interesse auszunutzen. Mit diesem System muß gebrochen werden. An die Stelle der Unterbringung der Kinder in Familien hat die Unterbringung in Anstalten, die geschlossene Waisenspflege, zu treten. Daß derartige Anstalten von der Geistesfreiheit unberührt sein müssen, versteht sich für eine Partei, die die Religion zur Privatsache erklärt, von selbst.

Ein weiterer Spielraum zur Betätigung des socialen Gedankens ist den Gemeinden in der

Arbeiterfürsorge

gelassen. Selbst die kleinste Gemeinde tritt als Arbeitgeber auf und hat so Gelegenheit, den privaten Arbeitgebern mit gutem Beispiel voranzugehen, indem sie für ihre Arbeiter die gewerkschaftlich festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennt und auch diejenigen Unternehmer, an die sie Arbeiten vergibt, zur Anerkennung dieser Bedingungen verpflichtet. Die Furcht davor, daß die Gemeinde der Privatindustrie Konkurrenz mache, hat hier völlig auszuscheiden; im Gegenteil, die Gemeinde soll gerade durch ihr Vorgehen die Privatindustrie zwingen, ihr auf diesem Weg zu folgen. Das erstrebenswerte Ziel ist allerdings, daß die Gemeinden möglichst alle Arbeiten in eigener Regie ausführen.

Mit Recht kann eingewendet werden, daß es vielen Gemeinden an den Mitteln fehlt, ihren socialen Pflichten gerecht zu werden. Aber nach dem Gesetz ist es den Gemeinden ja gestattet, mit nachbarlich gelegenen Landgemeinden zur Wahrnehmung einzelner kommunalen Angelegenheiten zusammen zu treten. Zu diesen Angelegenheiten gehört zweifellos die Errichtung von Krankenhäusern, Waisenhäusern und andren derartigen Anstalten.

Beschaffung der Einnahmen

betrifft, so sind die Gemeinden angewiesen auf die Ueberschüsse aus den Gemeindebetrieben und auf die Steuerergebnisse. Die Ueberschüsse aus den Gemeindebetrieben werden in demselben Maße steigen, wie die Gemeinden zum Regelsystem übergehen. In Bezug auf die Erhebung von Steuern sind die Gemeinden allerdings an die Landesgesetze gebunden, aber auch im Rahmen der landesgesetzlichen Vorschriften ist es ihnen möglich, die leistungsfähigen Schichten mehr heranzuziehen und die leistungsunfähigen zu entlasten. Eine Besteuerung des Grundbesitzes nach dem gemeinen Werte, statt nach dem Nutzungswerte, die Erhebung einer starken Umsatzsteuer beim Verkauf von Grundstücken wird den Gemeinden nicht unerheblich ins Gewicht fallende Einnahmen sichern. Im übrigen muß da, wo die Gemeinden so arm sind, daß sie beim besten Willen ihre Ausgaben nicht bestreiten können, der Staat helfend eintreten.

Die hier erhobenen Forderungen sind solche, die sich wohl in unserer heutigen Wirtschaftsordnung durchführen lassen. Wir treten

für diese Forderungen ein nicht etwa aus parteipolitischem Interesse, sondern einzig und allein im Interesse der Gesamtheit, insbesondere im Interesse der Arbeiterklasse, deren wirtschaftliche Hebung den Gemeinden durch eine im socialen Geist gehaltene Kommunalpolitik ermöglicht ist. Selbstverständlich dürfen wir darüber unsere großen Ziele nicht aus dem Auge verlieren. Wir müssen immer dessen eingedenk sein, daß das, was wir auf dem Gebiete der Gemeindepolitik erringen, nur kleine Abzweigungen sind, die wir wohl entgegen nehmen, mit denen wir uns aber noch lange nicht zufrieden geben dürfen.

Zu den Gemeindevahlen.

In Rummelsburg ist unser Parteigenosse Paul Gebauer als Kandidat für den zweiten Bezirk aufgestellt worden. Die Versammlung im Café Bellevue, welche unsere Genossen nach einem vortrefflichen Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow nominierte, war von bester Stimmung getragen.

In Zehlendorf findet am Sonntagmorgen 8 Uhr eine Wählerversammlung im Restaurant „Anglerclub“, Alsenstraße 28, statt. Die Tagesordnung lautet: „Hat die bisherige Gemeindevertretung die Interessen der Allgemeinheit wahrgenommen?“ Sonntag früh 7 1/2 Uhr werden die Genossen eruchtet, zur Flugblattverbreitung im Restaurant Giese, Zeltowerstraße 23, recht zahlreich zu erscheinen.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß die Wahlen am Dienstag, den 11. März, von nachmittags 5—8 Uhr stattfinden. Der 1. Bezirk wählt im Restaurant Fürstenthor; Kandidat ist hier Gen. Göhre. Der 2. Bezirk wählt im Restaurant Kaiserhof; Kandidaten: Genosse Köster als Mieter und Gen. Gehre als Hauswirt; letztere Wahl gilt als Ersatzwahl auf 2 Jahre.

Ober-Schönevide. Gemeindevähler der 3. Klasse! Heute Freitag, den 7. März, nachmittags von 2—7 Uhr, findet die Ergänzungswahl in der Schul-Aula, Frischenstraße, statt. Von der Arbeiterschaft aufgestellt ist der Badeanstalts-Besitzer Friedrich Lange. Da die Wahlzeit eine so kurze ist und der Andrang von 6—7 Uhr sehr groß sein wird, so bitten wir dringend alle Wähler, welche es nur irgend möglich machen können, ihre Stimme bereits vor 6 Uhr abzugeben. Der Verlust von ein paar Stunden Arbeitslohn sollte keinen Wähler hindern, sein wichtigstes Recht auszuüben.

Pankow. Durch amtliche Bekanntmachung ist nunmehr festgestellt, daß die Wahlen der dritten Klasse am 12. und 13. März stattfinden, und zwar gehen am 12. März die Ersatzwahlen für die bereits erledigten Mandate vor sich. Hierzu sind von unserer Seite für den ersten Bezirk aufgestellt Genosse Freiwaldt; für den zweiten Bezirk Genosse Eichler. Zu den Ergänzungswahlen sind aufgestellt für den ersten Bezirk als Eingeweihter Genosse Clemen und für den zweiten Bezirk Genosse Kubig.

Die Wahlzeit dauert von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr. Wir ersuchen unsere Genossen, rege Agitation für die Wahlen zu entfalten; möge sich jeder einrichten, damit er die nötige Zeit für die zwei auf einander folgenden Tage für unsere Sache übrig habe. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß am Sonntag eine Flugblattverbreitung stattfindet. Treffpunkt früh 8 Uhr bei Hoffmann, Mühlenstr. 25; auch hierzu ist zahlreiche Beteiligung notwendig.

Hermesdorf. Die Gemeindevorteiler-Wahlen finden hier selbst am 12. März, nachmittags von 2—4 1/2 Uhr, in Laulischen Lokal, Berlinstr. 132, für die III. Wählerklasse statt. Trotz der ungünstigen Witterung darf sich niemand von der Wahl abhalten lassen; man nehme die kleine Unbequemlichkeit auf sich und erscheine Mann für Mann an der Wahlurne. Auf zur Agitation! Vorwärts zum Sieg. Am Sonntag nachmittags 4 Uhr findet hier eine öffentliche Kommunalwähler-Versammlung statt und zwar im Lokal des Herrn Clermont, Seebadstraße. Unser Kandidat ist Karl Schulz, Zimmermann, Hauptstr. 1.

Wilmerdorf. Zur Gemeindevahl findet heute abend eine Flugblatt-Verbreitung statt. Die Parteigenossen werden eruchtet, sich hierzu zahlreich einzufinden. Die Gemeindevahlen gehen am Montag und Dienstag vor sich; die Wahlhandlung dauert an beiden Tagen vormittags von 10—2 Uhr und nachmittags von 4—8 Uhr; das Wahllokal ist der Victoriapark in der Wilhelmstraße. Als Kandidaten sind bekanntlich aufgestellt unsere Parteigenossen Gastwirt Hilpert, Redacteur Schröder und Hausbesitzer Meyer. An den beiden Wahltagen sind Hilfskräfte dringend vorzuziehen und es ergeht daher namentlich an die arbeitslosen Parteigenossen der Appell, sich zur Verfügung zu stellen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 1. Wahlkreis. Sonntagabend 6 1/2 Uhr, spricht in Cohns Festsaal, Bentzstr. 20/21, Genosse Jubel über „Streikbilder aus dem Reichstag“. Nachher: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Die Lokalkommission von Adlershof ersucht die Vorstände aller Gewerkschaften, Krankenläsen und Vereine, bei vorkommenden Lokalanlagenarbeiten, Zahlstellen- und Versammlungsänderungen mit der Kommission Rücksprache zu nehmen und ihr endlich zum Siege zu verhelfen. Obmann der Lokalkommission ist Oskar Driest, Gadenbergstr. 9, vorn 1 Treppe.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen für die öffentlichen Verhandlungen 34 Nummern, darunter verschiedene von großer Wichtigkeit. Zwei davon wurden abgesetzt, auch wieder der Fortbildungsschul-Antrag, dessen Beratung bis nach Fertigstellung des Etats, d. h. bis nach Ostern verschoben wurde; die übrigen wurden sämtlich erledigt. Das Tempo war zumeist das des Stummstuhles; aber die Notwendigkeit, für die in der nächsten Woche beginnende zweite Lesung des Etats Platz zu schaffen, gestattete selten ein Verweilen. Ein längere Debatte gab es bei den Vauentwürfen für einige Gebäude der Irrenanstalt Vuch. Genosse Borgmann benutzte die Gelegenheit, um die Differenzen zur Sprache zu bringen, die bei dem Bau dieser Anstalt zwischen den Unternehmern und ihren Arbeitern vorgekommen sind, und zu deren Beilegung von der Bauverwaltung nichts gethan worden ist. Borgmann forderte, daß bei der Vergabe der noch ausstehenden Bauten der Irrenanstalt Vuch in die Verträge die Bedingung aufgenommen werde, daß die Unternehmer an ihre Abmachungen mit den Arbeitern gebunden sind. Ein entsprechender Antrag war von der socialdemokratischen Fraktion eingebracht worden. Der Magistrat, vertreten durch Stadtrat Ramslau, versuchte sich mit der abgedruckten Nebenart zu deden, daß er sich in diese Verhältnisse nicht einmischen dürfe. Herr Ramslau stellte sich aber in demselben Augenblick, in welchem er die Pflicht der Unparteilichkeit betonte, offen auf die Seite der Unternehmer, indem er auf die alles Maß übersteigende Begehrlichkeit der Arbeiter schall. Borgmann ergriß daraufhin noch einmal das Wort und verwehrte die Arbeiter sehr entschieden gegen die Verdächtigungen, die der Magistratsvertreter gegen sie ge-

schleudert habe. Herr Ramslau versuchte in einer geordneten Antwort den Nachweis, daß die Stadt auf die in dem Antrag enthaltene Forderung nicht eingehen könne. Der Antrag wurde dann gegen die Stimmen der Socialdemokraten und einiger Freisinniger abgelehnt.

Sehr lebhaft wurde es nachher bei den Verhandlungen über die Neuverpachtung des Viehhof-Restaurants. Die Angelegenheit hatte, wie erinnerlich, schon vor einigen Wochen zu recht erregten Aufsitzen in der Versammlung geführt. Der Vorschlag des Ausschusses, das Restaurant trotz der eigenartigen Vorkommnisse, auf die damals von seiten unserer Genossen hingewiesen worden war, an den Bewerber Bide zu verpachten, hatte die Mitglieder der „Neuen Linken“ veranlaßt, eine nochmalige Ausschreibung zu beantragen. Für die socialdemokratische Fraktion, die diesen Antrag selbstverständlich unterstützte, sprach Genosse Pfannkuch, der noch einmal die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten schilderte. Als dann selbst von gemäßigter liberaler Seite für nochmalige Ausschreibung gesprochen wurde, wurde durch einen vom Magistratsrat abgehenden Voten schleunigst der Oberbürgermeister herbeigezogen. Herr Kirschner kam, ließ sich von Herrn Ramslau in kurzem Privatgespräch informieren und erhob sich dann, um in ganz kurzer Aussprache die Angelegenheit als durchaus harmlos hinzustellen. Inzwischen war namentlich die Abstimmung beantragt worden. Während Genosse Hoffmann, dem Oberbürgermeister antwortend, noch deutlicher hinter die Coulissen leuchtete, entwickelte sich im Saale ein fesselndes Bild. Die Herren von der „Alten Linken“ drängten zusammen wie eine Herde unschuldiger Lämmer in heraufziehenden Gewittersturm. Sie improvisierten rasch mitten im Saale eine Art Fraktionsbildung, verständigten sich kurz und schritten dann mutig zur Abstimmung. Unter wachsender Heiterkeit der Versammlung votierte Mann für Mann mit ja — selbst Herr Hugo Sachs, der vorher dem Oberbürgermeister demonstrativ Beifall gesendet hatte, lieferte den Beweis, daß er „auch anders kam“. Der Vorsitzende verkündete das Resultat — einstimmige Annahme des Antrages — mit den Worten: „So etwas ist noch niemals dagewesen!“ Herr Kirschner aber sah mit einem Male viel weniger selbstbewußt aus als sonst. Wie soll das enden, wenn ihn selbst seine getreueste Gefolgschaft so schände preisgibt!

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Beratung der Vorlage für die Renovierung des Rathellers hat beschlossen, sich mit der Renovierung einverstanden zu erklären, ersucht aber den Magistrat, die Bauverwaltung zu veranlassen, zunächst ein besonderes Projekt vorzulegen, das eine umfassende Ventilation der Restaurationsräume sowie der Küche, ferner eine Verbesserung der Klosettanlagen und Beleuchtung ins Auge faßt.

Die Wiedereinführung des Flaschenpfandes stößt beim großen Publikum, besonders aber bei den Hausfrauen und kleinen Geschäftsführern, Gastwirten und Wirtin und Vorloftändlern auf heftigen Widerstand. Die Gastwirte werden sich in einer demnächst stattfindenden Versammlung mit dem Vorgehen der Bratereien beschärfen. Auch die Bierverleger sind zum Teil Gegner des Flaschenpfandes, weil sie nicht mit Unrecht befürchten, daß sie einen Teil ihrer Kundenschaft, die sich weigert, Pfand zu geben, verlieren werden. Das Flaschenbier-Geschäft wird, so befürchtet man, in der nächsten Zeit zu Gunsten des Handels mit Kannen- und Fassbier zurückgehen und viele Streitigkeiten werden dadurch entstehen, daß die jetzt im Verkehr befindlichen pfandfreien Flaschen mit den neuen gegen Pfand abgegebenen Flaschen verwechselt werden.

Die Liebe zum Militarismus. Wegen Auswanderung ohne Erlaubnis werden durch öffentliche Ladung 102 benutzte Reservisten oder Beurlaubter I. Aufgebots- und Ersatzreservisten aufgefordert, am 22. Mai d. J. vor dem Schöffengericht I in Moabit zu erscheinen.

Eine Hausdurchsuchung bei dem Spiritistenpaar Nothe-Zentisch hat eine die Untersuchung sehr förderndes Ergebnis gehabt. Es wurde nämlich durch die Kriminalpolizei bei jener Durchsuchung die Bezugsquelle von Blumen und Zweigen, die das Medium für seine „Apparate“ brauchte, durch Auffinden von Postpaket-Wischzettel entdeckt, die die Adresse des Abenders der Blumenpakete enthielten. Es handelt sich um eine auswärtige größere Gärtnerei, von der die Nothe ihre Blumen für ihre „überirdischen“ Rufe auf dem gewöhnlichen postlichen Wege bezog. Auf einem der Abschnitte hatte die Gärtnerei eine besondere Gebrauchsanweisung für die Frischhaltung der Blumen niedersgeschrieben. Da aber, wie jetzt nachgewiesen, die Nothe täglich mindestens eine „Vorstellung“ in den unterschiedlichen Gärten gegeben hat, so nimmt die Untersuchungsbehörde an, daß der Blumenverbrauch durch die Sendungen von auswärts nicht gedeckt worden ist, daß vielmehr die Nothe, bei der allein nach der Verhaftung im Kleide noch 133 Blumen, Veilchen, Aurikeln, Immortellen, Karzissen und Goldlack gefunden wurden, ihre Blumeneinkäufe auch in hiesigen Gärtnereien und Blumen-geschäften besorgt hat. Der Behörde wäre es erwünscht, wenn ihr entsprechende Mitteilungen gemacht würden. Frau Nothe ist eine mittelgroße, schlank Figur von nicht unympathischem Aussehen. Sie hat auch des öfteren Lammzweige eingekauft.

Dr. Linke, der Gefährte des Hauptmanns v. Sigfeld auf seiner Todesfahrt, hat gestern wieder eine Ballonfahrt unternommen. Anlässlich der internationalen Ballonfahrt, welche heute stattfand, hatte das Meteorologische Institut den Ballon „Meteor“ zum Aufstieg für Berlin bestimmt. Die Abfahrt verzögerte sich indes infolge einer Reihe von Mißgeschicken um fast zwei Stunden. Um 5 1/2 Uhr stieg der Militärballon „Falk“ mit Hauptmann Sperling, Oberleutnant v. Kleist und Witzengarzt Dr. Kofchel auf, um nach raschem Auftriebe in nördlicher Richtung zu verschwinden. Dann folgte 9.25 Uhr ein unbemannter Registrierballon, und endlich konnten 10.15 Dr. Linke und mit ihm Dr. Sähling vom Potsdamer Observatorium den „Meteor“ besteigen. Der Ballon schlug nord-nordöstliche Richtung ein.

Zweimal in einer Nacht bestohlen wurde der Gastwirt Wilhelm Jabel, der im Erdgeschoss des Hauses Landwehrstr. 8 einen Anshank betreibt, während sich seine Wohnung im ersten Stockwerk befindet. Ein Gast feierte bei J. seinen Geburtstag, es ging infolgedessen etwas laut in dem Lokal her. Diese Gelegenheit benutzten Diebe, um in die Wohnung des J. einzudringen, wo sie sich die gesamten Kleidungsstücke aneigneten. Kurz nach 11 Uhr abends schloß J. sein Geschäft und begab sich mit seinen Familienangehörigen nach der Wohnung, wo er den Diebstahl entdeckte. Als er am folgenden Morgen seine Schankwirtschaft öffnen wollte, bemerkte er zu seinem Schrecken, daß die nach dem Treppenhause führende Thür des Gastzimmers offen stand. Wohl dieselben Diebe, die erst der Wohnung einen Besuch abgestattet hatten, waren in den Laden gedrungen und hatten Cigarren, Fleischwaren sowie aus der Kasse 45 M. geraubt. Die Thüren und Schloffer waren mittels Dietrichen geöffnet worden.

Examenssucht. Der neunzehnjährige Sohn des Fabrikbesizers W. in der Fasanenstraße schloß sich mit einem mit Wasser gefüllten Revolver in den Mund und starb leider an der Verletzung. Wie es heißt, hat der junge Mann die That aus Angst vor dem Abiturientenexamen begangen. Er war Schüler des hiesigen Real-Gymnasiums, das in den letzten Tagen wegen eines unliebsamen Vorkommnisses mehrfach genannt wurde; der unglückliche junge Mann war aber an dem Vorfalle nicht im geringsten beteiligt.

Ihren Brandwunden erlegen ist die Frau des Fuhrers Herrn Witte, die, wie wir mitteilten, ihr Nachkleid in Brand steckte, nachdem sie es mit Petroleum getränkt hatte.

Wegen bedeutender Raubtatschwindelen, bei denen es sich um einen Betrag von rund 12000 M. handelt, ist einer der Inhaber der Vereinigten Affektur-Bureaus Alexanderstr. 33. Otto Gottschall mit Namen, von der Kriminalpolizei verhaftet und der Staatsanwaltschaft am Landgericht I vorgeführt worden. Durch diese angeblichen Schwindelen sind, wie behauptet wird, elf Angestellte allein um den obigen Betrag, sondern auch um ihr Gehalt für die letzten zwei Monate gekommen. Sie sind zum Teil in verzweifelter Lage, da manche von ihnen sich das als Kaution hinterlegte Geld selbst geborgt hatten. Wie einer der Geschädigten angibt, hat Gottschall sie dadurch hingehalten und beruhigt, daß er ihnen Briefe von vermeintlichen Leuten vorlege, die angeblich in das Geschäft am 1. April eintraten wollten. Dann würden sie ihr rückständiges Gehalt bekommen. Da die Kautionen angeblich bei der Deutschen Bank hinterlegt worden sein sollten, hielten sie diese Summen für gesichert. Wie sich aber jetzt herausgestellt hat, war dieses Geld schon längst wieder abgehoben. Zum 1. März war ein neuer Agent angestellt worden, der 1500 Mark als Kaution hinterlegt hatte. Am nächsten Tage besann er sich aber, kündigte die Stellung und verlangte sein Geld zurück. Da man ihn auf den 15. März vertröstete, schloß er sich Verdacht, erlittete Anzeige bei der Polizei und begab sich mit einem Kriminalpolizisten nach der Deutschen Bank, wo sich herausstellte, daß von der Kaution schon 150 M. abgehoben worden waren. Daraufhin wurde der Rest von 1350 M. gesperrt. Er erstieg zwar die 150 M., inzwischen aber hatte schon die Staatsanwaltschaft sich des Falles angenommen und Gottschall verhaften lassen. Die Vereinigten Affekturbureaus befaßten sich vornehmlich mit Vollversicherungen, aber auch mit Feuer- und Krankenversicherung und hatten auch mehrere Filialen eingerichtet.

Eine Kadendiebin wurde gestern abend in einem Warenhaus in der Leipzigerstraße ergriffen, als sie gerade dabei war, einige Sachen unter ihrem Rockmantel zu stecken. Eine Kriminalpatrouille brachte sie nach dem Polizeipräsidium und von dort nach dem Untersuchungsgefängnis. Sie nennt sich Krankenschwester Emma Kutsche und will in der letzten Zeit weder Wohnung noch Beschäftigung gehabt haben. Ob diese Angaben richtig sind, bedarf noch der Feststellung.

Durch Verbrühen ist die 2 1/2 Jahre alte Tochter Margarethe des Hausdieners Kind an der Schönleinstr. 6 ums Leben gekommen. Das Mädchen spielte in der Küche bei der Großmutter, die gewaschen hatte, und fiel rücklings in einen Kessel mit kochendem Wasser. Im Krankenhaus am Urban, wohin man es sofort mit einer Droschke brachte, starb es an den Verletzungen, die es sich namentlich am Rücken, an der Brust und an beiden Armen zugezogen hatte.

Von einem Brauerwagen überfahren wurde gestern, Donnerstagmorgen, an der Ecke der Luise- und Altesstraße der 10 Jahre alte Sohn Max des Hauswärters Hallmann aus der Courbirestraße 12. Der Knabe lief beim Spielen in das Gespann hinein und wurde umgestoßen. Ein Bordrad ging über ihn hinweg und brachte ihm einen Oberschenkelbruch und schwere innere Verletzungen bei. Die Rettungswache Schöneberg in der Rollendockstraße leistete die erste Hilfe und ließ den Verunglückten nach dem Elisabeth-Krankenhaus bringen.

Die städtische 2. Handwerkerschule, Andreasstr. 1/2, hat in nächster Gelegenheit der Schwierigkeit, die vielen Eltern aus der rechtzeitigen Unterbringung ihrer eben aus der Schule entlassenen Söhne in eine geeignete Lehrstelle und besonders aus der Wahl eines passenden Berufes ersicht, nach dem und vorliegenden Programm für das Sommerhalbjahr eine Einrichtung getroffen, die in einer Tages-Vorlesung bis zum Beginn der praktischen Lehrzeit Anfänger in kaufmännischer und gewerblicher Berufsarten Unterricht in den zeichnerischen und bildnerischen Vorlesungen z. B. bietet und außerdem solchen Jünglingen, die noch keinen Beruf gewählt haben, Gelegenheit giebt, ihr Geschick in der zeichnerischen und bildnerischen Darstellung zu erproben, um danach zuverlässiger einen geeigneten Beruf wählen zu können. Vielen Eltern dürfte der Hinweis auf diese Tages-Vorlesung, in der während der Wochentage von morgens 8 Uhr ab Unterricht erteilt wird, sehr erwünscht sein, um ihren Söhnen bis zum Eintritt in die Lehre eine angemessene und nützliche Beschäftigung zu geben. Anmeldungen werden im Schulhause, Andreasstr. 1/2, durch den Direktor entgegengenommen.

Wesentliche Hygiene-Vorträge der Central-Kommission der Krankenkassen. Die Vorträge des heutigen Abends behandeln sämtlich das Thema Hautkrankheiten. Die Vorträge finden heute, Freitag, statt in den Schulaulen Reibstr. 31-32, Paulstr. 8, Brangelstr. 128, Winterfeldstr. 16 und Charlottenburg, Goethestr. 22. Vorträge sind die Herren Doktoren Oskar Bloch, Ernst Gebert, Julius Lillenthal, Hermann Sehl und Rudolf Janc, Beginn präzis 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „Der Probandant“, Schauspiel in vier Akten von Max Dreger, in folgender Besetzung der Hauptrollen: Fritz Dellmann: Georg Paschke; Marie Dellmann: Max Potteg; Luise Dellmann: Agnes Werner; Marie v. Seitzler: Gertrud Arnold; v. Ross: Ernst Weißlau; Brodelmann: Max Fischer; Frau Brodelmann: Marie Gumbel; Gertrud Brodelmann: Marie Wallinger; Doktor Eberhard: Ludwig Lindloff; Professor Dr. Holzer: Karl Dahlen; Professor Ballmüller: Oskar Sado; Oberlehrer Sidmer: Alfred Schmalow; Doktor Waldau: Otto Reude; Paul Benefeld: Albert Steinrück; Hofrat: Adolf Joseph.

Eine große Sonnenstern-Gruppe erregt seit gestern das Interesse der Besucher der Trepion-Sternwarte. Derselbe besteht aus drei großen Flecken im Ostlichen und 24 kleinen Flecken. Charakteristisch ist die hohe Breite, in der sie auf der Sonne auftritt und welche nach Meinung von Herrn Direktor Archenhold anzeigt, daß ununterbrochen Sonnenflecken-Minimum zu Ende ist. Jumeist zeigen sich beim Beginn der erwachenden größeren Tätigkeit auf der Sonne Flecken in hohen zentralen Breiten. Da diese Sonnenstern-Gruppe nur wenige Tage sichtbar bleibt, so wird die Trepion-Sternwarte Sonnabend, Sonntag und Montag statt um 2 Uhr nachmittags schon um 10 Uhr vormittags geöffnet.

Bei der vom Verein „Berliner Presse“ am Sonntag, den 6. d. M., mittags 12 Uhr, in dem ihm von den städtischen Behörden bereitwilligst überlassenen Festsaal des Rathhauses zu veranstaltenden Gedächtnisfeier für Ernst Wichert wird, wie bereits mitgeteilt worden ist, Otto v. Leizner die Gedächtnisrede halten. Paul Heyse hat für diese Feier eine dem vereinigten Freunde gewidmete Dichtung eingedacht, deren Vortrag das Ehrenmitglied des königlichen Schauspielhauses, Frau Klara Meyer, gütigst übernommen hat. Die Chorgesänge, welche die Feier eröffnen und schließen, werden von Mitgliedern des Cäcilien-Vereins unter Leitung des Professors Alexis Holländer angeführt.

Dr. Kurt Voelz, welcher bereits durch seine früheren interessanten Reiseberichte über Indien in better Erinnerung ist, wird in der Urania in der Invalidenstr. abends 8 Uhr einen Vortrag am Freitag, im verschlossenen Rinde Royal und am Sonntag einen zweiten Vortrag „Indische Gleichheiten in Himalaya“ halten. Beide Vorträge werden von zahlreichen Lichtbildern nach eigenen Aufnahmen begleitet sein.

Aus den Nachbarorten.

Die Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung in Charlottenburg behandelte ihr Verbands- oder vielmehr den Mangel jedes Verbands für die Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung, indem sie zu Anfang der gestrigen Sitzung einem Schlußantrag zustimmte, durch welchen die Weiterführung der vor 14 Tagen abgetretenen Besprechung unserer Anträge an den Magistrat über die Arbeitslosigkeit verhindert wurde. Unseren Genossen war es dadurch unmöglich gemacht, die Ausführungen des Magistratsverträtters näher zu beleuchten und zurück zu weisen.

Von den Vorträgen des Magistrats war bemerkenswert die Forderung einer Nachbeihilfe von 6000 M. für den Armen-Etat. Diese große Ueberschreitung ist, wie der Magistrat in der Begründung der Vorlage hervorhob, notwendig geworden zum Teil durch die Arbeitslosigkeit, die in diesem Winter einen außerordentlichen Umfang angenommen hat — der beste Beweis, wie unbedeutend die Stellung war, die der Magistrat zu der Anfrage unserer Genossen eingenommen hat. Zum

Teil ist die Ueberschreitung auch zurückzuführen auf die außerordentliche Wohnungsnot, in Folge deren mehrfach Mietsunterkassungen und erhöhte Aufwendungen für das Familienhaus zu leisten waren. Der Stadtverordnete Kaufmann (Freil.) und unser Genosse Dr. Vorchardt wiesen darauf hin, daß einen nicht geringen Teil der Schuld der Wohnungsnotfrage, welcher die Arbeitslosigkeit der Wohnungsfrage in ganz unrichtiger Weise verschleiert. Der Stadtverordnetenvorsteher Ströbler wollte die Verdrängung der Kritik an dem Wohnungsaustritt bestreiten; dazu wurde Zeit sein, wenn er seine Arbeiten vorlegen werde. Genosse Vorchardt erwiderte treffend, daß die Kritik sich gegen das Nichtarbeiten des Ausschusses richtete, der z. B. in seiner letzten Sitzung nicht einmal beschlußfähig gewesen sei, so daß er in die Verhandlungen gar nicht erst eintreten konnte.

Eine längere Aussprache rief der Antrag unserer Genossen hervor, den Magistrat um eine Vorlage betreffs Einsetzung einer gemischten Deputation zu ersuchen, welche fortwährend die Bewegung auf dem Arbeitsmarkt zu verfolgen, in bestimmten Zeiträumen statistische Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit zu veranstalten und Vorschläge für die sozialpolitische Verhältnisse der Gemeinde zu machen hat. Genosse Vorchardt wies in der Begründung des Antrages darauf hin, daß gerade die Mehrheit, welche einen außerordentlichen Mietsstand nicht anerkenne, allen Anlaß habe, sich um die Hebung der normalen Lage der Arbeiter einzusetzen zu können. Mit dem Wachsen der Gemeinde wachse auch das Maß ihrer Pflichten in sozialpolitischer Hinsicht. Eine klare zielbewusste Politik auf diesem Gebiete sei nur möglich, wenn in sorgsamster Weise die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt, die Veränderungen in der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung usw. verfolgt und das Material zur Beurteilung der Verhältnisse beschafft würde. Aus der Tätigkeit einer Deputation, welche eigens mit dieser Aufgabe betraut sei, würden geeignete Vorschläge zur Erfüllung der sozialpolitischen Pflichten der Gemeinde von selbst herauswachsen.

In der Diskussion wies Bürgermeister Matting darauf hin, daß ein Teil der angeregten Aufgaben schon in anderen Deputationen, z. B. in der für den städtischen Arbeitsnachweis und in der Armen-Kommission, erledigt werde, und daß eine neue Deputation dieselbe lösend in das Arbeitsgebiet der schon bestehenden eingreifen würde. Stadtver. Kostka hielt es für passend, die in unserem Antrage angeregte Aufgabe der Deputation für den Arbeitsnachweis zu überweisen, während Dr. Penzig eine besondere Deputation für wünschenswert hielt, weil in der Deputation für den Arbeitsnachweis die Stadtverordneten nicht genügend vertreten seien. Dr. Vorchardt betonte dem Bürgermeister gegenüber, daß es gerade eine besondere Aufgabe der neuen Deputation sein würde, dafür zu sorgen, daß die Hilfe für die Armen von geringerer Bedeutung werde, indem arbeitsfähige und arbeitswillige Leute der Armenpflege nicht anheim fallen dürften. Im übrigen stimmte er der Abänderung des Antrages zu, in der vom Magistrat gewünschte Vorlage die Kompetenz der Deputation für den Arbeitsnachweis so zu erweitern, daß auch die in unserm Antrage liegenden Aufgaben in ihr Arbeitsbereich fallen. Der so geänderte Antrag wurde angenommen.

Dalldorf. Bei den Gewerbegerichts-Wahlen am 5. März wurde der Genosse Karl Müller einstimmig gewählt.

Regel. Der Genosse Julius Reumann wurde bei den Gewerbegerichts-Wahlen mit 399 gültigen Stimmen gewählt. Eingeschrieben waren 800 Wähler, es war aber bei dem Andrang, welcher am Abend stattfand, nicht möglich, daß alle wählten konnten.

Gerichts-Beilage.

Der Verleiddungsprozess Jacobi-Bernhard ist gestern nicht zu Ende gekommen, sondern verlagert worden. Ueber die Verhandlung geht uns folgender Bericht zu:

Der gestern zur Verhandlung anstehende Privat-Verleiddungsprozess des Stadtverordneten Leopold Jacobi wider den Schriftsteller Georg Bernhard fand unter räumlichen Bedingungen statt, die etwas ungewöhnlich waren und Befremden erregen mußten. In dem kleinen Schöffengerichts-Sitzungszimmer Nummer 70 — wohl das kleinste im ganzen Gerichtsgebäude — sollte sich die Verhandlung, die das größte Interesse der Bürgerlichkeit erregen mußte und ein halbes Hundert Zeugen in Aktion brachte, abspielen. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Wagler hatte keinen der beiden Schwurgerichtssäle zur Verfügung, ob aber diese große Sache nicht bis zu einem Tage verschoben werden konnte, an welchem ein größerer Raum frei war, ist eine Frage, die unter den Zeugen lebhaft ventiliert wurde. Auf dem Gerichtskorridor drängte sich ein ganzes Heer von Zeugen, darunter zahlreiche Magistratsmitglieder mit Herrn Oberbürgermeister Kirchner an der Spitze, viele Stadtverordnete und sonstige bekannte Persönlichkeiten. Nachdem etwa ein halbes Duzend gleichgültiger Sachen, die auf die Tagesordnung gesetzt waren, ihre Erledigung gefunden und der Vorsitzende den Vertretern der Presse, die sich mühelos einen Platz um das Miniaturtischchen zu sichern suchten, mehrmals angedroht hatte, daß sie sofort auf drei Tage abgeführt werden könnten, wenn sie sich nicht ganz ruhig verhielten, wurden die Parteien und die Sachwalter in das Zimmer gerufen. Als Privatkläger war der Kaufmann und Stadtverordnete Leopold Jacobi unter Beistand des Justizrats Kleinholz und Rechtsanwält Senff zur Stelle, die Privatklage richtete sich gegen den Redakteur Georg Bernhard und den Stadtreisenden Hermann Lewinski, verteidigt durch die Rechtsanwälte Wolfgang Heine, Dr. Caro und Morris. Die Zeugen hatten natürlich in dem kleinen Zimmerchen beim Aufzug nur Platz, indem sie sich auf engste an einander preßten. Unter den Zeugen befanden sich Oberbürgermeister Kirchner, Stadt-Vertraut Krause, der frühere Stadtschultheiß, jetzige Oberverwaltungsgerichtsrat Meubring, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Langerhans, der sich bei dem Aufzug nicht meldete, Stadtrat Kallig, die Stadtverordneten Rosenow, Marggraf, Ladevitz, Wittkowski, Wamborg, Justizrat Träger, Rechtsanwalt Dr. Marcuse, Rechtsanwalt Hahn, Magistratssekretär Alberti, Bürgermeister a. D. Dr. Rosenhals u. v. a. — Zur Anlage steht der bekannte, vom Angeklagten Bernhard verfaßte Artikel der „Welt am Montag“ unter dem Titel „Der Gemeindefumpf“, in welchem schwere Vorwürfe gegen den Privatkläger enthalten waren. Der Angeklagte Lewinski, welcher den Artikel unter seinen Namen verbreitet hat, hat Widerklage erhoben. Danach soll der Privatkläger sich dahin geäußert haben: Der Artikel rühre wahr-scheinlich von einem Manne her, der seiner Zeit wegen Unehrlichkeit aus seinem Geschäft entlassen worden sei. — Eine ganze Reihe von Zeugen ist, wie der Vorsitzende konstatiert, nicht erschienen und durch Krankheit verhindert. Nachdem Amtsgerichtsrat Wagler alle Personen, die keinen Sitzplatz hatten, aus dem Saale gewiesen und bei Nichtbefolgung dieses Befehls abermals gedroht hatte, sie eventuell sofort auf drei Tage abführen zu lassen, wurde in die materielle Verhandlung eingetreten. Im Hofraum verblieben einschließend der Verleiddungsprozess zwölf Personen. — Zunächst wird über die Behauptung des Angeklagten Bernhard verhandelt, daß Herr Jacobi bei einem Geschäftserwerb an einen Herrn Jort und in den Abrechnungen mit einem Kassisten seines Geschäfts mehrfach verfahren sei. Zu dem Fall Jort wird Justizrat Träger vernommen, der seiner Zeit den Vertrag über den Geschäftserwerb abgeschlossen hat. Der Zeuge Jort ist nicht zur Stelle, Justizrat Träger kann nur über die äußeren Vorgänge, die bei Abschluß des Vertrages obgewollt haben, Befundungen machen. Es wurde von dem Angeklagten in dem Artikel behauptet, daß in dem Falle Jort der Privatkläger den Zeugen — um es kurz auszudrücken — aber das Ohr gedehnt habe. Von dem Angeklagten war dann anher dem Falle Jort noch ein Fall Lehy herangezogen worden, in welchem der Privatkläger zwei Gebrüder Lehy, die eine seiner Geschäftsfilialen in der Großen Frankfurterstraße inne hatten, unredlich behandelt haben soll. — Rechtsanwalt Heine hebt als befremdlich hervor, daß einer dieser beiden Lehy krank geworden und der andre plötzlich abgereist sei.

Auf Antrag der Verteidiger beschließt der Gerichtshof, die Verhandlung zu vertagen und die Zeugen Lehy zu der neuen Verhandlung zu laden.

Die Brandenburger Agitationskommission vor dem Kammergericht. Der Parteigenosse Karl Dimmid war als angeklagter Vorsitzender der sozialdemokratischen Agitationskommission für die Provinz Brandenburg wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes angeklagt worden, weil er nicht alsbald dem Berliner Polizeipräsidenten ein Statut und ein Mitgliederverzeichnis der Kommission eingereicht hatte. Dimmid reichte am 12. Januar 1901 der Polizei das Mitgliederverzeichnis der Kommission ein, bestritt aber, daß die Kommission ein Verein und daß er ihr Vorsitzender sei. Ein Statut hat die Kommission nicht. — Der Angeklagte wurde in erster und zweiter Instanz freigesprochen. Die 3. Strafkammer des Landgerichts I führte unter anderem begründend aus: Der Angeklagte sei erst 1891 in die Kommission eingetreten, während diese bereits 1893 gegründet worden sei. Für die frühere Unterlassung der ersten Einreichung könne er schon deshalb nicht verantwortlich gemacht werden, weil auf jeden Fall Verjährung der Straftat eingetreten sei, soweit die erste Einreichung in Frage komme. Ein Statut habe Dimmid nicht einreichen können, da die Kommission keine besessen und seiner Zeit beschloßen habe, auch keine zu errichten. Ein Statut, das nicht da sei, könne auch nicht eingereicht werden.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision ein und machte vor allem geltend, daß Vergehen gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes Dauerdelikte seien und daß der Beschluß der Kommission, Statuten nicht zu errichten, den Angeklagten nicht entschuldige. Der Oberstaatsanwalt trat in der gestrigen Verhandlung vor dem Kammergericht der Revision nicht bei. Den Angeklagten vertritt Dr. Heine mann. — Der Strafenat verwarf die Revision und legte die Kosten einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. Begründend wurde angeführt: Die Entscheidung des Landgerichts sei zutreffend. Die Verabfassung der Pflichten an dem § 2 seien keine sogenannte Dauerdelikte, sondern es beginne hier die Verjährung mit Ablauf der gesetzlichen Frist von drei Tagen. Weder aus der Begründung des Gesetzes, noch aus dem Wortlaut sei das Gegenteil zu entnehmen. Auch könne nicht anerkannt werden, daß ein praktisches Bedürfnis eine andre Auslegung erfordere, wie die Staatsanwaltschaft geltend gemacht habe, indem sie meinte, alle politischen Vereine könnten das Vereinsgesetz umgehen. Es bleibe ja der Polizei das Mittel der Einforderung von Auskünften. Um eine Auskunftsverweigerung handle es sich in dem Aufschreiben des Polizeipräsidenten vom 8. Dezember 1900 aber nicht. Somit rechtfertige sich die Freisprechung.

Der Amtsrichter und die preussische Eisenbahnschnelligkeit. Eine kleine Auseinandersetzung, die der Amtsrichter Dr. Georg Bergschmidt aus Charlottenburg mit einem Beamten der Stadtbahn hatte, hat für den ersteren eine Anklage wegen Verleiddung zur Folge gehabt, welche gestern gegen ihn vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung gelangte. Der Angeklagte gab von dem Vorfall, welcher der Anklage zu Grunde lag, folgende Darstellung. Am Abend des 14. Mai vorigen Jahres habe er mit dem Zuge gegen 12 Uhr vom Bahnhof Friedrichstraße nach dem Sabinenplatz fahren wollen. In seiner Begleitung habe sich sein Jagdhund befunden. Als der Zug eingelaufen sei, habe er ein Abteil dritter Klasse, welches vollständig leer war, bestiegen. Gleich darauf habe der Thürschließer die Thür wieder geöffnet und ihm bedeutet, daß das Mitnehmen eines so großen Hundes nicht erlaubt sei. Er sei sofort wieder ausgestiegen, habe den einen Fuß aber noch auf dem Treitt gehalten, als der Zug sich wieder in Bewegung setzte. Er habe geglaubt, daß es der letzte nach Charlottenburg gehende Zug war und er nun zu Fuß nach Hause gehen müsse; seinem Innerte hierüber habe er dem Thürschließer gegenüber durch die Keulherung Luft gemacht, daß es wohl nicht nötig gewesen sei, ihn an der Risikofahrt zu verhindern. Der in der Nähe stehende diensthabende Stationsassistent Schroter habe ihm die Worte zugerufen: „Es ist ja nicht der letzte Zug, es kommt gleich noch einer“. Dies habe ihn beruhigt. Als der Assistent dann in das Stationsbureau zurückgekehrt sei, sei der Angeklagte ihm gefolgt und habe ihn im Bureau gefragt, auf welche Weise er seinen Hund zu befördern habe. Ihm sei die Antwort geworden: „Das steht auf sechs Plätzen, die unten im Vorraum angebracht sind.“ — Sie können doch nicht verlangen, daß ich da hinterlaufe und gewärtigen muß, daß mit der letzte Zug vor der Nase wegfährt, wenn ich wieder hinaufkomme“, habe der Angeklagte erwidert. „Ach was, ich verlange gar nichts von Ihnen“, habe die Antwort des Assistenten Schroter geantwortet. Er sei wegen dieses Verhaltens in Erregung geraten und habe sich entfernt mit dem Bemerkung, daß er sich beschweren werde. Gleich darauf sei der letzte Zug eingelaufen und sein Hund im Dienstabteil des Zugführers befördert worden. Am folgenden Tage habe er an die Eisenbahn-Direktion eine Beschwerde gerichtet, welche eine wahre Sachdarstellung enthalten habe. Nach etwa 14 Tagen habe er den Bescheid erhalten, daß seine Beschwerde zu einem Einschreiten gegen die Beamten keine Veranlassung böte, da sie ihrer Zustimmung gemäß gehandelt und ihm die erbetene Auskunft erteilt worden sei. Der Angeklagte habe sofort eine neue Beschwerde an die Direktion gerichtet und um eine nochmalige Untersuchung gebeten. Auch das sei abgelehnt worden. Nun habe er ein drittes Schreiben an die Direktion gerichtet. In diesem sollen so beleidigende Vorwürfe gegen die betreffenden Eisenbahn-Beamten gerichtet sein, daß deren vorgelegte Bescheide gegen den Amtsrichter Dr. Bergschmidt Strafantrag stellten. Es wurde in dem Schreiben u. a. angeführt, daß der Beschwerde-führer darüber empört sei, daß die Beamten es gewagt hätten, ihre Vorgehensweise in so unechter Weise zu ver-läugern. Eine von den beiden sich entgegengesetzten Behauptungen könne doch nur der Wahrheit entsprechen und wenn die Bescheide den Beamten mehr Glauben schenke als ihm, so werde er dadurch indirekt der Unwahrheit beschuldigt, welches er sich als Offizier nicht gefallen lassen könne. Er müßte jetzt wegen Verleiddung zur Verantwortung gezogen werden, damit vor dem Strafrichter die Wahrheit festgestellt werde. Die Direktion folgte dieser Weisung. Im gestrigen Termine traten zwar zwischen den Auslagen der Zeugen Widersprüche zu Tage, aber im übrigen war eine Aufklärung nicht zu erzielen. Der Staatsanwalt hielt den Wahrheitsbeweis nicht für erbracht und beantragte gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 150 M. Der Gerichtshof fällt ein freisprechendes Urteil.

Abermals der Erpressungsparagrah gegen Gewerkschaften. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I erschienen gestern vier dem Centralverbande der Maurer angehörige Arbeiter. Die Vorgesichtete des Falles, die in die Gewerkschaftsbewegung hineinspielt, ist folgende: Der Maurerpolier Schäfer, der dem Verbands angehörte, hatte neun Wochen hindurch seine Beiträge nicht bezahlt und wurde deshalb ausgeschlossen. Als nun Schäfer im Sommer des vorigen Jahres auf einem Bau eingestiegen werden sollte, auf dem auch die Angeklagten arbeiteten, wollten die auf dem Bau thätigen organisierten Arbeiter die Arbeit einstellen. Dies geschah, um Schäfer zu veranlassen, seine Beiträge zu bezahlen und eventuell dem Verbands wieder beizutreten. Obgleich der Staatsanwalt den Plaidoyer der Verteidiger Justizrat Kranz und Rechtsanwalt Liebknecht entsprechend selbst die Freisprechung beantragte, erkannte der Gerichtshof nach fast einstündiger Beratung den Hauptangeklagten der verurtheilten Erpressung schuldig und verurteilte ihn zu zwei Wochen Gefängnis. Die andern Angeklagten wurden freigesprochen.

Weiter-Prognose für Freitag, den 7. März 1902. Vielmal wolke, nachts wärmer, am Tage etwas kühler mit leichten Regenschauern und mäßigen südwestlichen Winden. Berlin, Wetterbureau.